

## **BVA Aktuell – 'BVA News' 2006**

Zusammenstellung aller vom 01. Januar bis 31. Dezember 2006 auf der Website des Bundesverbandes der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA) unter der Internetadresse <http://www.bv-agrar.de/News/> veröffentlichten aktuellen Mitteilungen.

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	2
Nr. 01/2006 vom 11.01.2006	
Einheitliche Kriterien für Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel .....	5
Nr. 02/2006 vom 16.01.2006	
Diskussion um die Besteuerung von Biokraftstoffen versachlicht sich .....	6
Nr. 03/2006 vom 23.01.2006	
EU-Getreideernte 2006 um 5% höher geschätzt .....	7
Nr. 04/2006 vom 30.01.2006	
Biomasse-Aktionsplan der Kommission .....	8
Nr. 05/2006 vom 07.02.2006	
Mehr Biodiesel an deutschen Tankstellen verkauft .....	9
Nr. 06/2006 vom 13.02.2006	
USDA Ernteschätzung 2005/2006 .....	10
Nr. 07/2006 vom 15.02.2006	
Freilaufendes Geflügel muss ab dem 17.02.2006 in den Stall .....	11
Nr. 08/2006 vom 02.03.2006	
Qualität der Getreide- und Rapsernte 2005 .....	12
Nr. 09/2006 vom 07.03.2006	
Haferanbau in Deutschland rückläufig .....	13
Nr. 10/2006 vom 13.03.2006	
Jahrespressekonferenz BVA / DVT 2006 .....	14
Nr. 11/2006 vom 22.03.2006	
EU-Studie: Getreideintervention sollte verringert werden .....	16
Nr. 12/2006 vom 27.03.2006	
Tallage-Bericht: EU-Getreideernte bei 267 Mio. t .....	17
Nr. 13/2006 vom 04.04.2006	
IGC erhöht Weizen-Ernteschätzung für 2006/2007 auf 594 Mio. t .....	18
Nr. 14/2006 vom 10.04.2006	
Vogelgrippe befällt Nutztiere in Deutschland .....	19
Nr. 15/2006 vom 18.04.2006	
Aktuelle Ernteschätzungen des USDA .....	20
Nr. 16/2006 vom 24.04.2006	
Getreideintervention im Geschäftsjahr 2005/06 .....	21
Nr. 17/2006 vom 03.05.2006	
Bericht der Jochen Mautner GmbH zur Sommergerste 2006 .....	22
Nr. 18/2006 vom 11.05.2006	
EU-Intervention für Getreide kommt auf den Prüfstand .....	24
Nr. 19/2006 vom 15.05.2006	
Minister von Boetticher plädiert für Zulassung von Getreide als Regelbrennstoff .....	25
Nr. 20/2006 vom 22.05.2006	
USDA-Schätzung für Weizen 2006/07 .....	26



---

Nr. 21/2006 vom 29.05.2006	
BVO veranstaltete Saatguthandelstag .....	27
Nr. 22/2006 vom 06.06.2006	
Erster Ölsaaten-Handelstag auf Burg Warberg erfolgreich gestartet.....	29
Nr. 23/2006 vom 12.06.2006	
Qualität und verlässliche Verfügbarkeit bestimmen die Perspektiven für Getreide .....	30
Nr. 24/2006 vom 19.06.2006	
USDA Prognose zur Weizenernte 2006/2007.....	31
Nr. 25/2006 vom 26.06.2006	
BMELV fördert Innovationen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft mit 50 Mio. EUR.....	32
Nr. 26/2006 vom 03.07.2006	
Reform der EU-Marktordnungen .....	33
Nr. 27/2006 vom 17.07.2006	
USDA-Ernteschätzung .....	34
Nr. 28/2006 vom 24.07.2006	
Erntertragvorhersage der EU-Kommission .....	35
Nr. 29/2006 vom 31.07.2006	
COCERAL: EU-Anbau von Ölsaaten legt deutlich zu .....	36
Nr. 30/2006 vom 07.08.2006	
Deutscher Bauernverband legt 2. Erntemeldung vor .....	37
Nr. 31/2006 vom 04.09.2006	
Entwurf einer Verordnung zur Umsetzung des gemeinschaftlichen Lebensmittelhygienerechts .	39
Nr. 32/2006 vom 11.09.2006	
Bundesumweltminister kündigt rasche Zulassung von Energiegetreide als Brennstoff an .....	40
Nr. 33/2006 vom 19.09.2006	
EU-weit 244,6 Mio. t Getreide erwartet .....	41
Nr. 34/2006 vom 26.09.2006	
Silomaisenernte: Erträge liegen 20 % unter Vorjahr .....	42
Nr. 35/2006 vom 02.10.2006	
EU-Verwaltungsausschuss beschließt Änderung der Kriterien zur Maisintervention .....	43
Nr. 36/2006 vom 17.10.2006	
Begrenztes Rapsangebot EU-weit .....	44
Nr. 37/2006 vom 23.10.2006	
Bundeskanzlerin eröffnet BGA Unternehmertag.....	45
Nr. 38/2006 vom 30.10.2006	
IGC senkt Prognose für Weizenernte.....	46
Nr. 39/2006 vom 06.11.2006	
Getreideverbrennung soll einem weiten Betreiberkreis offen stehen .....	47
Nr. 40/2006 vom 15.11.2006 Versorgung von Braugerste auf dem Europäischen Markt verschlechtert sich.....	48

---

Nr. 41/2006 vom 20.11.2006 UFOP ruft zum Antrag auf Energiepflanzenprämie auf.....	49
Nr. 42/2006 vom 27.11.2006 Europäische Maisernte 2006/07 .....	50
Nr. 43/2006 vom 07.12.2006 Pflanzenschutz- und Düngemittel-Handelstag am 8./9.11.2006.....	51
Nr. 44/2006 vom 11.12.2006 Anbau von Körnermais in Deutschland weiter eingeschränkt.....	53
Nr. 45/2006 vom 18.12.2006 Privater Landhandel stellt sich den steigenden Anforderungen in der Getreidevermarktung.....	54
Nr. 46/2006 vom 28.12.2006 Abschaffung der Maisintervention zum Wirtschaftsjahr 2007/08 .....	55

---

Nr. 01/2006 vom 11.01.2006

## **Einheitliche Kriterien für Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel**

Ab dem 01. Januar 2006 müssen in Deutschland Meldungen über gesundheitsgefährdende Lebens- oder Futtermittel an das EU-weite Schnellwarnsystem nach einheitlichen Kriterien erfolgen. Das legt die Allgemeine Verwaltungsvorschrift (AVV) für die Durchführung des Schnellwarnsystems für Lebens- und Futtermittel fest, die das Bundeskabinett Ende Dezember abschließend gebilligt hat. Die AVV Schnellwarnsystem wurde am 28.12.2005 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift teilt Meldungen zum Schnellwarnsystem in vier Kategorien ein: „Warnmeldungen“ müssen abgegeben werden, wenn Lebens- oder Futtermittel im Verkehr sind, von denen ein ernstes unmittelbares oder mittelbares Risiko für die menschliche Gesundheit ausgeht und unmittelbarer Handlungsbedarf besteht. Bei „Informationsmeldungen“ ist das Risiko das gleiche; es besteht jedoch kein unmittelbarer Handlungsbedarf, weil sich die betreffenden Produkte in keinem EU-Mitgliedstaat in Verkehr befinden. „Folgemeldungen“ betreffen gesetzliche Informationen zu einer Warn- oder Informationsmeldung. „Nachrichten“ sind alle Arten von Informationen, die mit der Sicherheit von Lebens- oder Futtermitteln in Verbindung stehen und keine Warn-, Informations- oder Folgemeldungen sind, aber dennoch als bedeutsam für die Lebensmittel- oder Futtermittelüberwachung eingestuft werden.

Nr. 02/2006 vom 16.01.2006

### **Diskussion um die Besteuerung von Biokraftstoffen versachlicht sich**

Die Diskussion um die Besteuerung von Biokraftstoffen und die Einführung einer Beimischungspflicht versachlicht sich stetig. Darauf hat die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP) hingewiesen. Es zeichneten sich Lösungen ab, die den Fortbestand der Vermarktung von reinem Biodiesel sowie die Förderung des gesamten Sektors durch verpflichtende Beimischungen sichern würden, erklärte die UFOP in einer Pressemitteilung.

Bereits im Sommer 2006 sei mit der im Zuge der Überkompensationsberechnung seit längerem erwarteten moderaten Teilbesteuerung für reinen Biokraftstoff sowie für Mischungskraftstoff zu rechnen. Mit einer Teilbesteuerung sei im Übrigen auch für reines Pflanzenöl zu rechnen, das motorisch verwendet wird.

Die diskutierten Steuersätze bewegten sich für alle drei Teilbereiche zum jetzigen Zeitpunkt zwischen 10 bis 15 Cent, wobei beim reinen Biodiesel eher von dem niedrigeren Satz ausgehen könne. An den ab 2007 geltenden Regelungen für reine Biokraftstoffe und Mischungen werde in den verantwortlichen Ministerien bereits gearbeitet, berichtete die UFOP. Im Laufe des Jahres werde das entsprechende Gesetzgebungsverfahren auf den Weg gebracht. Es sei sicher davon auszugehen, dass es zu der intensiv diskutierten Beimischungspflicht kommen werde.

Laut Ulrich Kelber, dem Vizevorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, sei Biodiesel in Mischungen mit herkömmlichem Diesel voraussichtlich voll zu versteuern. Für reine Biokraftstoffe dürfte es eine differenzierte Lösung geben, die beispielsweise den Einsatz von Biodiesel und Pflanzenöl in der Land- und Forstwirtschaft besonders berücksichtige. Um den Absatz von Biokraftstoffen an öffentlichen Tankstellen und beim Einsatz in Nutzfahrzeugen weiterhin zu fördern, sei zudem von einer moderaten Besteuerung auszugehen, die den energie- und umweltpolitischen Zielen Deutschlands Rechnung trage.

---

Nr. 03/2006 vom 23.01.2006

### **EU-Getreideernte 2006 um 5% höher geschätzt**

Die EU soll im Wirtschaftsjahr 2006/07 (Juli bis Juni) rund 268,2 Mio. t Getreide erzeugen. Dies wären 5% mehr als im noch laufenden Wirtschaftsjahr, wie das französische Analystenunternehmen Tallage in seinem Bericht „Strategie Grains“ mitteilt.

Die EU-Wintergetreidebestände sind in den meisten EU-Ländern in guter Verfassung, vor allem, da es keine plötzlichen Temperaturstürze gegeben hat. Die Weichweizenernte 2006/07 schätzt Tallage auf 121,2 Mio. t (Vormonat: 121,9 Mio. t), womit die Erzeugung rund 5% über der des laufenden Jahres liegen würde. Der Maisanbau soll im Herbst 2006 EU-weit 49,8 Mio. t betragen das wäre 1% mehr als im Herbst 2005. Die EU-Gerstenernte im kommenden Wirtschaftsjahr soll 57,3 Mio. t erreichen, damit würde sie 7% über dem diesjährigen Ergebnis liegen.

Für das laufende Wirtschaftsjahr 2005/06 revidierte Tallage seine Schätzung für die EU-Getreideernte um 1,3 Mio. t nach oben auf 256,2 Mio. t. Dies beruhte hauptsächlich auf einer Korrektur der Maisernte, die um 800.000 t auf 49,1 Mio. t erhöht wurde. Die EU soll im Wirtschaftsjahr 2006/07 rund 132,2 Mio. t Futtergetreide erzeugen. Dies wäre 1 Mio. t mehr als im noch laufenden Wirtschaftsjahr, wie Tallage mitteilte. Der Verbrauch von Gerste soll auf Kosten von Weizen und Mais steigen, da der hofeigene Futtermittelverbrauch steigen soll. Allerdings warnte Tallage davor, dass dieser prognostizierte Anstieg reduziert werden könnte, wenn die Vogelgrippe sich weiter verbreitet.

Nr. 04/2006 vom 30.01.2006

## **Biomasse-Aktionsplan der Kommission**

Der Biomasse-Aktionsplan der Kommission legt Maßnahmen zur Förderung der Biomasse-nutzung zur Wärme- und Stromerzeugung sowie im Verkehr, übergreifende Maßnahmen bezüglich der Biomasseversorgung und -forschung sowie finanzielle Aspekte fest. Die Kommission erwartet durch die Umsetzung des Aktionsplans bis Ende 2010 die Schaffung von 250.000 bis 300.000 neuer Arbeitsplätze sowie eine Verringerung der Treibhausgas-emissionen von etwa 209 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent. Die Landwirtschaftsminister der Mitgliedsländer haben der Kommission ihre Unterstützung für die Umsetzung des Biomasse-Aktionsplans zugesagt.

Derzeit beträgt der Anteil der Biomasse an der Energieaufbringung in Europa 4%. Der Aktionsplan sieht eine Verdoppelung bis 2010 vor, dies bedeutet eine Steigerung von 69 Mio. t Öläquivalent auf 185 Mio. t. Gemäß den EU-Zielen soll bis 2010 ein Anteil der Biomasse bei Treibstoffen von 5,75% erreicht werden. Der Anteil von Biokraftstoffen im Jahr 2005 lag bei 1,4%, berichtet die Generaldirektion Landwirtschaft. Das für 2005 gesetzte Ziel von 2% wurde damit EU-weit verfehlt. Die Kommission teilt mit, dass auch im Bereich Elektrizität erst 14% erreicht seien, das Ziel liege bei 21%. Insbesondere im Bereich der Wärmegewinnung sieht die Kommission viel Potenzial. Die feste Biomasse, wie z.B. Holzpellets, Hackschnitzel und auch Energiegetreide sind bereits heute gemessen an ihren Brennstoffkosten ohne steuerliche Begünstigungen marktfähig. Hier muss die Technologieentwicklung ansetzen, möglichst effiziente und emissionsarme Verbrennungssysteme zu entwickeln. Die im Aktionsplan vorgeschlagene Mehrwertsteuerprivilegierung als Anschubfinanzierung von Fernwärmesystemen wäre ein zu prüfender Ansatz als Ergänzung zu der in Deutschland bereits gegebenen Möglichkeit im Rahmen des Marktanzreizprogramms.

Die Kommission wird am 1. Februar 2006 eine Mitteilung zur Förderung des Einsatzes von Biokraftstoffen präsentieren. Einig sind sich alle Mitgliedstaaten, wegen der Importabhängigkeit von Mineralöl und des Treibhauseffekts den Anteil heimischer Biomasse am Energiemix erhöhen zu wollen. Trotzdem dürfte eine Einigung der EU-Mitgliedstaaten auf zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Biokraftstoff-Herstellung noch dauern. Über Importe von Biokraftstoffen gingen die Ansichten auseinander. Die Kommission und die Liberalen unter den Mitgliedstaaten wollen sich die Möglichkeit von billigen Einfuhren, etwa von Bioethanol aus Brasilien, unbedingt offen halten. Österreich, Frankreich, Belgien, Italien, Litauen und Zypern bestanden dagegen in der Debatte im Rat auf einen ausreichenden Außenschutz. Die von der EU gesteckten Ziele für den Anteil von Biokraftstoffen werden bisher überwiegend durch nationale Fördermaßnahmen erreicht. Österreich berichtete im Rat von seinem neuen Gesetz mit einem Beimischungszwang, Luxemburg erwähnte seine Autobusse, die mit Biodiesel fahren, und in Deutschland steht und fällt der Biodieseleinsatz mit der Steuerbefreiung.

---

Nr. 05/2006 vom 07.02.2006

### **Mehr Biodiesel an deutschen Tankstellen verkauft**

Baden-Württemberg hat 2005 mit einer an Tankstellen verkauften Biodieselmenge von über 88 Mio. Litern die bisherigen Top-Seller Bayern und Nordrhein-Westfalen an der Spitze der Länderwertung abgelöst. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Qualitätsmanagement Biodiesel e. V. (AGQM) bei den deutschen Biodieseltankstellen. Steigerungen beim Biodieselabsatz gab es auch in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Als Biodieselhauptstadt Deutschlands kann ohne Zweifel Hamburg bezeichnet werden. Mit fast 27 Mio. Litern gehört die Stadt nunmehr in die Spitzengruppe der Biodiesel-Anwender.

Die Analyse der AGQM zeigt, dass der Zuwachs gegenüber 2004 nahezu ausschließlich auf den Verkauf von Biodiesel an Nutzfahrzeugbetreiber zurückzuführen ist. Im Bundesdurchschnitt wurden 53 % des Biodiesels an öffentlichen Tankstellen an Nutzfahrzeuge abgegeben. Die außergewöhnlichen Steigerungen beim Preis für Mineralöldiesel und die von führenden Nutzfahrzeugherstellern erteilten Freigaben für die Anwendung von Biodiesel haben diese Entwicklung forciert. Ob sich diese erfolgreiche Tendenz fortsetzt, hängt im hohen Maße vom Ausgang der aktuellen Diskussionen zur Besteuerung von Biodiesel ab.

Auch die Qualität von Biodiesel ist entscheidend für die weitere Entwicklung des Biodieselmärktes. Hier gibt es Positives zu vermelden, denn etwa 1.400 der 1.900 Biodieseltankstellen haben sich inzwischen dem Qualitätssicherungssystem der AGQM angeschlossen, das dem Anwender eine zusätzliche Sicherheit bietet. Die relevanten Tankstellen sind durch das Kontrollzeichen der AGQM an den Zapfsäulen für jedermann klar erkennbar. Ein entsprechender Vertrag verpflichtet die Tankstellen, ausschließlich normgerechten Biodiesel anzubieten und im Falle von auftretenden Problemen die Rückverfolgbarkeit der Ware abzusichern. Transport- und Handelsunternehmen wird zudem Unterstützung beim sachgerechten Umgang mit dem Produkt geboten.

Nr. 06/2006 vom 13.02.2006

## **USDA Ernteschätzung 2005/2006**

Weltweit sollen im laufenden Wirtschaftsjahr 2005/06 insgesamt 958,6 Mio. t Grobgetreide geerntet werden. Der globale Verbrauch von Grobgetreide wird auf 970,96 Mio. t geschätzt. Dagegen sieht das USDA einen etwas schwächeren Handel sowie geringere Lagerbestände als im Januar.

Die EU-25 soll der neuesten Prognose zufolge nun 131,42 Mio. t Grobgetreide einbringen und rund 134,65 Mio. t Grobgetreide verbrauchen. Die Lagerbestände an Grobgetreide zum Ende des laufenden Wirtschaftsjahres sollen sich laut USDA global auf 165,34 Mio. t belaufen und damit um 430.000 t höher liegen als im Vormonat. Die größte Zunahme der Lagervorräte wird in der EU verzeichnet, die nun über 18,92 Mio. t Grobgetreide verfügen soll.

Die globale Weizenernte 2005/06 schätzt USDA auf 616,17 Mio. t. Der weltweite Verbrauch von diesem Getreide ist allerdings um 2 Mio. t auf 623,81 Mio. t heraufgesetzt worden, während die Prognose für die Lagerbestände zum Ende des Wirtschaftsjahres um 2,74 Mio. t auf 141,96 Mio. t gesenkt wurde. Das wären beinahe 8 Mio. t weniger als im vergangenen Jahr. Die EU soll nun 122,94 Mio. t Weizen einbringen und 14,5 Mio. t Weizen exportieren.

Die globale Mais-Ernte 2005/06 wird auf 683,76 Mio. t geschätzt. Der weltweite Verbrauch ist um gut 800.000 t auf 687,03 Mio. t gestiegen, während die Lagerbestände um 100.000 t auf 128,16 Mio. t gesunken sind. Die Prognose für die Maisernte der EU wird um 300.000 t auf 47,79 Mio. t heraufgesetzt. Auch die Lagerbestände zum Jahresende wurden auf 6,41 Mio. t erhöht. Die weltweite Ölsaaternte soll 2005/06 den Rekordwert von 389,3 Mio. t erreichen.

Nr. 07/2006 vom 15.02.2006

### **Freilaufendes Geflügel muss ab dem 17.02.2006 in den Stall**

Verbraucherschutzminister Seehofer erlässt ein Aufstellungsgebot für alle gewerblichen und privaten Geflügelhalter. Ab 17. Februar darf sich während der Zugvogelzeit voraussichtlich bis Ende April alles Hausgeflügel (Hühner, Perlhühner, Truthühner, Enten, Gänse, Laufvögel, Rebhühner, Fasane, Wachteln), nicht im Freien aufhalten. Diese Maßnahme wurde erlassen, um dem Risiko der Einschleppung der Vogelgrippe in die Bestände durch Zugvögel zu begegnen.

Geflügelhalter haben für die Dauer des Aufstellungsgebotes ihr Geflügel in geschlossenen Ställen oder unter Schutzvorkehrungen zu halten, die das Eindringen von Wildvögeln durch eine überstehende Abdeckung und vogelsicheren Seiten zuverlässig verhindert. Wird Geflügel unter solchen Schutzvorkehrungen gehalten, muss ein Tierarzt diesen Bestand mindestens einmal im Monat überprüfen. Sollten diese Maßnahmen im begründeten Einzelfall nicht möglich sein, kann eine Ausnahme durch den örtlich zuständigen Landkreis genehmigt werden. Diese Einzelfallmaßnahme muss einen ähnlichen hohen Schutz vor dem Kontakt mit Zugvögeln bieten. Hierbei müssen dann auch eine monatliche Gesundheitsüberwachung und zusätzlich eine Laboruntersuchung auf Vogelgrippe stattfinden. Das Geflügel darf generell nur so gefüttert und getränkt werden, dass sich keine wildlebenden Vögel unter den Bestand mischen können.

Der Text der Verordnung ist nachstehend im PDF-Format wiedergegeben:

[Verordnung zur Aufstallung des Geflügels vom 15. Februar 2006](#)

Nr. 08/2006 vom 02.03.2006

### **Qualität der Getreide- und Rapserte 2005**

Nachdem nun bei nahezu allen Weizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitäts-ermittlung (BEE) die Qualitätsparameter durch die Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BFEL) bestimmt worden sind, kann die Weizenernte 2005 als durchschnittlich bis gut eingeordnet werden.

Bundesweit machten 2005 die E-, A- und B-Weizensorten einen Anteil von über 80 % der Proben aus. Der Proteingehalt liegt im Durchschnitt bei 13 % und damit deutlich über dem Vorjahreswert (12,5 %) und etwas über dem 10-jährigen Mittel (12,9 %). Auch der Sedimentationswert erreicht mit 49 ml einen überdurchschnittlich hohen Wert (Vorjahr: 43 ml, 10-Jahresschnitt 44 ml). Lediglich die Werte für die Fallzahlen sind im Erntejahr 2005 mit durchschnittlich 268 s als schwach einzustufen, liegen aber im Schnitt auf einem noch ausreichenden Niveau. Gut 30 % der Weizenernte erreichte allerdings nicht den für die Intervention geforderten Mindestwert von 220 Sekunden. Die regionale Verteilung fällt sehr unterschiedlich aus. Einige Länder wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen verzeichnen einen besonders hohen Anteil an Weizen mit niedrigen Fallzahlen.

Die Belastung mit Fusarientoxinen ist insgesamt als unkritisch einzustufen. Bis auf sehr wenige Proben liegen die Werte für Deoxynivalenol (DON) und Zearalenon (ZEA) auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Roggen hat aufgrund seiner relativ hohen Auswuchsanfälligkeit besonders unter den feuchten Witterungsbedingungen gelitten. Nach den vorläufigen Analyseergebnissen liegt der Anteil an Brotroggen nur bei 44 % (10-Jahresschnitt: 83 %); das wären immerhin noch 1,2 Milliarden Tonnen bei einem jährlichen Vermahlungsbedarf von etwa 0,9 Milliarden Tonnen. Es zeigten sich sehr große regionale Unterschiede. Vor allem in den zwei anbaustärksten Ländern Brandenburg und Niedersachsen liegen die Brotroggenanteile auf einem sehr niedrigen Niveau (43 beziehungsweise 14 %). Die mittlere Fallzahl beträgt für das Bundesgebiet nur 138 Sekunden (Vorjahr: 223 Sekunden). Auch das Amylogramm-Maximum liegt mit 435 AE sowie die Verkleisterungstemperatur mit 65,5 °C jeweils deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Der Besatz mit Mutterkorn beträgt 0,1 Gewichts-% und bewegt sich damit auf dem Niveau der Vorjahre. Auch bei Roggen sind die Werte für die Fusarientoxine DON und ZEA in diesem Jahr sehr niedrig und insgesamt unbedenklich. Zum ersten Mal wurde für Winterraps eine zentrale Bestimmung des Ölgehaltes durchgeführt. Dieser liegt für das Bundesgebiet bei durchschnittlich 42,1 % (Basis: 9 % Feuchte und 2 % Besatz). Die regionalen Unterschiede sind relativ gering.

Nr. 09/2006 vom 07.03.2006

### **Haferanbau in Deutschland rückläufig**

Der Haferanbau ist in Deutschland seit Jahren rückläufig. Im vergangenen Jahr wurde mit 211.000 ha ein neuer Tiefstand erreicht, rund 11 % weniger als 2004. Erstmals fiel die Erntemenge unter die Marke von 1 Mio. t auf rund 968.000 t zurück.

Üblicherweise vermarkten die Erzeuger jährlich etwa ein Drittel über traditionelle Absatzwege. Im Gegensatz dazu sind es bei Weizen 75 bis 80 % und bei Roggen zeitweilig über 90 %. Die Haferpreise sind nicht vom EU-Interventionspreis „abgesichert“ – auch hierin mag ein Grund für die seit Jahren sinkende Bedeutung des Haferanbaus in Deutschland liegen. Zusätzlich lassen auch unsichere Erträge und labile Qualitäten den Hafer gegenüber den Winterkulturen im Vergleich schwach abschneiden.

Die Nahrungsmittelhersteller benötigen hierzulande jährlich etwa 250.000 bis 280.000 t Qualitäts- hafer. Qualitativ hochwertiger Schäl- mühlenhafer wird jedoch vor allem aus Skandinavien importiert. Dies scheint auch in den kommenden Jahren den Anbau von Hafer in Deutschland eher weiter zu drücken als zu mobilisieren. Die EU-Kommission rechnet für 2006 in Deutschland zwar mit einem größeren Areal als 2005; die größten Zuwächse im Haferanbau prognostiziert die Kommission jedoch für Polen und Schweden.

Nr. 10/2006 vom 13.03.2006

## **Jahrespressekonferenz BVA / DVT 2006**

Zur diesjährigen gemeinsamen Pressekonferenz des Bundesverbandes der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V. (BVA) und des Deutschen Verbands Tierernährung e.V. (DVT) am 09.03.2006 in Bonn erschienen zahlreiche Journalisten der Fachpresse, aber auch der allgemeinen Printmedien. Die Position des Handels wurde von BVA-Vizepräsident und Vorsitzenden des BVA-Getreideausschusses Bruno Fehse, sowie dem BVA-Geschäftsführer Robert Künzel vertreten. Der DVT war durch DVT-Präsident Niemann sowie Herrn Dr. Grote und Frau Reule aus der DVT-Geschäftsführung vertreten. Schwerpunktthemen der Jahrespressekonferenz waren dieses Jahr die Auswirkungen der Vogelgrippe, die Entwicklungen der Getreide- und Futtermittelmärkte, die Bioenergie, die thermische Verwertung von Getreide, sowie die Futter- und Lebensmittelsicherheit.

Herr Fehse gab einen ausführlichen Überblick über die Themen, die den Agrarhandel aktuell beschäftigen. In seinem Marktbericht gab er einen Überblick über die Vermarktung der Getreideernte 2005, die aufgrund der inhomogenen Qualitäten die ganze Erfahrung und Marktkenntnisse des Handels gefordert hatte. Insgesamt haben sich die Märkte, trotz der vielfältigen Herausforderungen aufgrund der Marktverschiebungen und der Transportprobleme, stetig entwickelt. Was die Intervention betrifft, wird man mit weiteren Einschränkungen rechnen müssen. Allein die Tatsache, dass z. Z. rd. 17,3 Mio. Tonnen Getreide interveniert sind, davon rd. 5,3 Mio. Tonnen in deutschen Interventionslagern, lässt Gegenreaktionen der Kommission erwarten.

Viel wird auch davon abhängen, in wie weit der z. Z. boomende Markt für Biokraftstoffe ein Ventil für die EU-Getreideüberschüsse sein kann. In diesem Zusammenhang begrüßt der BVA die anspruchsvollen Zielmarken der Bundesregierung, den Anteil der Bioenergie am Gesamtenergieverbrauch bis 2010 auf 4,2 % und den Anteil des Biokraftstoffanteils am Kraftstoffverbrauch bis 2010 auf 5,75 % zu steigern. Der BVA machte aber auch deutlich, dass diese ehrgeizigen Ziele nur erreicht werden, wenn sich die Wirtschaft auf stabile und verlässliche Rahmenbedingungen verlassen könne.

Die nunmehr vom Bundesfinanzminister vorgesehene unangemessen hohe Teilbesteuerung in Höhe von 10 Cent pro Liter für reinen Biodiesel und je 15 Cent pro Liter für Biodiesel in Mischungen sowie für reines Pflanzenöl würde den Biokraftstoff-Markt erheblich treffen. Der BVA fordert daher eine steuerliche Regelung, die Biodiesel oder reines Pflanzenöl auch künftig wettbewerbsfähig hält. Andernfalls würden nicht nur die bisher getätigten Investitionen, sondern auch das Vertrauen in eine verlässliche Politik verloren gehen und die ehrgeizigen Ziele der Bundesregierung nicht erreicht werden. Herr Fehse verwies darauf, dass der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen für die energetische und stoffliche Nutzung in Deutschland bereits auf 1,4 Mio. ha angestiegen sei. Davon würden rd. 1 Mio. ha Raps für Biodiesel und 165.000 ha Energiepflanzen zur Biogas-, Bioethanol- und Festbrennstoffgewinnung genutzt. Nach Expertenmeinung sei eine Steigerung bis 2010 auf 2,5 Mio. ha möglich.

Der Umsatz im Bioenergiebereich werde z. Z. auf ca. 3,5 Mrd. € geschätzt. Die Umsätze im Bereich der Bioenergie werden, so Fehse, zu einem nicht unerheblichen Anteil durch zahlreiche mittelständische Unternehmen des Agrargewerbes getragen. Im Vertrauen auf die

---

politischen Signale, die in den vergangenen Jahren gesetzt wurden, habe die Branche ihren Beitrag geleistet und kräftig in Anlagen, Maschinen und Motorennachrüstung investiert, um von den fossilen Energieträgern unabhängiger zu werden. Damit habe der Markt für Bioenergie das Potential, sich zu einem zukunftsfähigen Markt mit einer hohen Wertschöpfung für die Agrarwirtschaft und den gesamten ländlichen Raum zu entwickeln. In diesem Zusammenhang betonte Fehse dass die bisher bekannt gewordenen bzw. geplanten Länderregelungen u.a. in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz ein Schritt in die richtige Richtung seien.

Aus Sicht des Agrargewerbes forderte er, die momentan engen Einsatzbereiche bei Getreide unbedingt zu erweitern. So müsse auch die thermische Verwertung von Getreide und Getreidereststoffen, welche nicht mehr zur Nahrungs-/Futtermittelproduktion geeignet sind, möglich sein.

Abschließend stellte der BVA fest, dass der private Landhandel sich in allen Regionen Deutschlands auf eine gesunde und stabile Struktur stützen könne. Gleichwohl befänden sich die Branche sowie die Einzelunternehmen in einem kontinuierlichen und erfolgreichen Veränderungsprozess. Der anhaltende Strukturwandel in der Landwirtschaft und die Liberalisierung der Agrarmärkte erhöhten zwar den Wettbewerbsdruck auch auf der der Erzeugung nachgelagerten Ebene. „Wir können hier aber von einem durchaus dynamischen Prozess sprechen. Denn die Konzentration führt gleichzeitig zu steigenden Umsatzvolumen pro Unternehmen“, erläuterte Bruno Fehse. Insgesamt konnte die Branche trotz der schwierigen Bedingungen im vergangenen Jahr die Erfassungs- und Umsatzvolumen aufrechterhalten.

Im Anschluss an die Ausführungen der Verbandsvertreter schloss sich eine lebhafte Diskussion an. Die Pressekonferenz bot wieder eine gute Gelegenheit, einer breiten Öffentlichkeit die Vielfalt der Themen, die unsere Branche bewegen, deutlich zu machen. Gleichzeitig konnten Forderungen und Lösungsvorschläge an Politik und Verwaltung formuliert werden, die gewährleisten, dass Handel und Produktionsbetriebe ihre Funktion auch zukünftig in der Volkswirtschaft wahrnehmen können.

Nr. 11/2006 vom 22.03.2006

### **EU-Studie: Getreideintervention sollte verringert werden**

Die EU-Kommission hat eine an eine Forschungseinrichtung in Auftrag gegebene Studie zur Getreideintervention veröffentlicht.

Die Kommission muss alle sechs Jahre ihre agrarpolitischen Instrumente auf Wirksamkeit und Effizienz hin überprüfen. Der EU-Binnenmarkt für Getreide funktioniert nicht im gewünschten Maß, bemängelt die Studie; schuld sei das Interventionssystem.

Da die Intervention die Getreidepreise in den Mitgliedstaaten vereinheitlicht, gebe es zu wenig Anreize für den Transport und für Investitionen in die Logistik. In Folge wüchsen die Getreideberge in den ungünstig im Binnenland oder abseits der internationalen Märkte gelegenen Überschussgebieten der EU.

Erst nach einer Ausdünnung der Interventionsstellen auf ein Minimum werde das Getreide aus den Überschussgebieten abfließen, heißt es in der Studie. Ein weiteres Problem sei die Nivellierung der Preise der verschiedenen Getreidearten. Futtergetreide sei durch die Intervention zu teuer, häufe sich in den öffentlichen Lagerstätten und sei nur schwer wieder zu verkaufen. Die Abschaffung der Roggenintervention sei deshalb ein richtiger Schritt gewesen, dem weitere folgen müssten. Eine weitere mögliche Konsequenz sei die Senkung des Interventionspreises für alle Getreidearten.

Der Studie zufolge solle zwar ein Rest an Sicherheitsnetz auf dem Getreidemarkt bestehen bleiben. An Stelle der staatlichen Intervention solle aber die Förderung einer privaten Lagerhaltung rücken, um im Falle von Überschüssen den Markt zu stützen. Die private Lagerhaltung sei billiger als die öffentliche, urteilt die Studie.

Nr. 12/2006 vom 27.03.2006

### **Tallage-Bericht: EU-Getreideernte bei 267 Mio. t**

Nach Mitteilung des französischen Analytischen Unternehmens Tallage soll sich die EU-Getreideernte 2006 auf 267 Mio. t belaufen.

Die Verringerung für die Getreideerzeugung im kommenden Wirtschaftsjahr führt Tallage vor allem auf eine geringere Weichweizenernte zurück, wobei eine kleinere Anbaufläche in Großbritannien in Betracht gezogen wird.

Die **Weichweizenerzeugung** der EU 2006/07 wird auf 120,5 Mio. t geschätzt, sie liegt damit 5% über dem Vorjahr. Die geschätzte **Mais**erzeugung ist auf 49,5 Mio. t erhöht worden. Damit würde sie knapp über dem Vorjahresniveau (49,2 Mio. t) liegen. Bei **Gerste** sieht Tallage kleinere Ergebnisse in Frankreich, Schweden und Tschechien, die die Erntezunahmen in Italien, Großbritannien und Portugal übertreffen. Damit soll die EU-Gerstenernte 2006/07 nun bei 57,5 Mio. t liegen (8 % über dem Vorjahresergebnis). Das kalte und feuchte Wetter im Februar und Anfang März hat die Aussaat von Sommergerste verzögert, so dass hier die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahr auf jeden Fall sinken werde. Zusätzlich werde das zu kalte Wetter auch auf das Pflanzenwachstum der bereits stehenden Winterbestände drücken, da die Wachstumsphase verkürzt werde.

Der geschätzte EU-Bedarf an Geflügelfutter ist auf Grund der Vogelgrippe für die Wirtschaftsjahre 2005/06 und 2006/07 gesenkt worden. Auch die Erzeugung von Futtergetreide innerhalb der EU könnte im kommenden Jahr weiter sinken. Der prognostizierte Verbrauch von Futterweizen wurde auf 54,0 Mio. t gesenkt, während an Gerste nun 37,8 Mio. t verfüttert werden sollen.

Nr. 13/2006 vom 04.04.2006

**IGC erhöht Weizen-Ernteschätzung für 2006/2007 auf 594 Mio. t**

Nach der aktuellen Einschätzung des Internationalen Getreiderates (IGC) soll die globale Weizenernte im kommenden Wirtschaftsjahr 2006/07 594 Mio. t erreichen. Damit erhöhte das Gremium seine Prognose gegenüber der Februarschätzung um 6 Mio. t. Grund hierfür sei das Frühlingswetter – es habe die Ertragsersparungen in zahlreichen Ländern der Europäischen Union verbessert. Zugleich sollen die winterlichen Schäden in Russland nicht so schlimm wie befürchtet sein.

Der weltweite Handel soll um 2 Mio. auf 111 Mio. t steigen. Den weltweiten Verbrauch sieht der IGC im Wirtschaftsjahr 2006/07 nun um 9 Mio. t geringer bei 611 Mio. t. Der Einsatz von Weizen als Futtermittel könnte in der EU deutlich sinken, da weniger Weizen in Futterqualität verfügbar sei. Die Vogelgrippe könnte den Verbrauch zusätzlich drücken. Die weltweiten Lagerbestände sieht der Rat zum Ende 2006/07 rund 17 Mio. t niedriger bei 119 Mio. t.

Die weltweite Gerstenerzeugung soll 2006 um 7 Mio. t auf 146 Mio. t im Vergleich zum Vorjahr steigen. Der Getreiderat prognostiziert für das Erntejahr 2006/07 eine weltweite Maisproduktion von 691 Mio. t, das wären 6 Mio. t mehr als 2005/06 (684 Mio. t).

Nr. 14/2006 vom 10.04.2006

## Vogelgrippe befällt Nutztiere in Deutschland

Das Friedrich-Loeffler-Institut hat bestätigt, dass in einem Nutzgeflügelbetrieb in **Wernsdorf** (Muldentalkreis - südöstlich von Leipzig, Sachsen) die hoch pathogene Form der Vogelgrippe (HPAI), Subtyp H5N1 (Geflügelpest) ausgebrochen ist. In dem Zuchtbestand werden 8.000 Puten, 5.000 Gänse und 3.300 Hühner in voneinander getrennten Betriebsteilen gehalten. Der Betrieb brauchte wegen einer Ausnahmegenehmigung seine Tiere nicht aufstallen. Die Tiere durften im Freien getränkt werden. Alle Vögel seien aber ständig tierärztlich überwacht worden. Die Tötung des Bestands ist inzwischen eingeleitet worden. Die Behörden in Sachsen haben drastische Schritte zur Schadensbegrenzung ergriffen und mit der Tötung von mehr als 30.000 Tieren aus gewerblichen und privaten Geflügelbeständen in den Sperrgebieten begonnen. Außerdem sollen landesweit die Genehmigungen für Ausnahmen von der Stallpflicht widerrufen werden.

*„Jetzt kommt es vor allem darauf an, die Ursache für den Ausbruch zu klären. Die Experten im Friedrich-Loeffler-Institut stehen hier unterstützend zur Verfügung. Wichtig ist jetzt vor allem, durch eine konsequente Umsetzung der im Tierseuchenrecht für den Ausbruchsfall vorgesehenen Maßnahmen eine weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern“,* erklärte Bundeslandwirtschaftsminister **Horst Seehofer**. Er habe das Friedrich-Loeffler-Institut auch gebeten, das für Ende April geplante Auslaufen des Aufstallungsgebotes vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung neu zu bewerten. In der letzten Aprilwoche werde er auf dieser Grundlage Gespräche mit den Ländern führen, um möglichst zeitnah über die Frage der Aufstallung entscheiden zu können.

Mit der Nutzgeflügel-Geflügelpestschutzverordnung vom 15.03.2006 und der Geflügelpest-Verordnung stünden die nötigen Bekämpfungsinstrumente zur Verfügung. Die Verordnungen sehen insbesondere die Sperre des Betriebes, die Tötung des Geflügels und anderer Vögel im Betrieb, die Einrichtung eines Sperrbezirks (mind. 3 km-Radius um den betroffenen Betrieb) und Beobachtungsgebiets (mind. 10 km-Radius um den betroffenen Betrieb) und eine Pufferzone (13 km-Radius um den betroffenen Betrieb) mit Bewegungs- und Transportbeschränkungen u. a. für Geflügel/Vögel und deren Produkte vor.

Die Sperrzonen bleiben zunächst 21 Tage in Kraft. Die EU-Kommission hat am Donnerstag in einer einstimmigen Entscheidung die Gebiete ausgewiesen, für die die Restriktionen gelten. Damit verbunden ist ein Signal an Nicht-EU-Länder, mögliche Handelsrestriktionen (Import- und Exportverbote für deutsches Geflügel) nur auf die betroffenen Gebiete zu beschränken. Diese Vorkehrungen sollen zunächst bis zum 8. Mai gelten und dann im EU-Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit überprüft werden.

Nach Angaben des sächsischen Sozialministeriums ist nicht damit zu rechnen, dass bereits infizierte Puten an den Verbraucher gelangt seien, da vor der Schlachtung sämtliche Tiere untersucht würden. Es besteht keine akute Gesundheitsgefahr für den Menschen. Laut Aussagen des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft ist der Konsum von Geflügelfleisch in Deutschland über den Winter um 20 % zurückgegangen – hierdurch hätte die Geflügelwirtschaft bereits einen Verlust von etwa 150 Millionen EUR erlitten.

Nr. 15/2006 vom 18.04.2006

### **Aktuelle Ernteschätzungen des USDA**

Das US-Agrarministerium (USDA) hat in seiner April-Schätzung die Werte für die weltweite **Weizenernte** nochmals nach oben angehoben – es rechnet für das Wirtschaftsjahr 2005/06 mit einer Weizenernte von 619,25 Mio. t. Eine höhere Weizenernte erwartet das Ministerium in Pakistan, Ägypten, Paraguay, Russland und Usbekistan sowie den nordafrikanischen Staaten. Dagegen sollen die EU-25-Staaten mit 122,59 Mio. t etwas weniger Weizen ernten. Die höhere Produktion schlägt sich nur leicht in den globalen Lagerendbeständen von 143,14 Mio. t nieder. Der weltweite Verbrauch soll sich dem USDA zufolge auf 626,3 Mio. t erhöhen. Die weltweiten Importe sieht das Ministerium mit 107,06 Mio. t Weizen nahezu auf dem Niveau der März- Schätzung von 107 Mio. t. Die weltweiten Exporte vergrößern sich auf 110,91 Mio. t.

Die globale **Maisproduktion** sieht das Ministerium mit 683,81 Mio. t auf dem Niveau des Vormonats. Der weltweite Verbrauch soll sich leicht auf 685,07 Mio. t erhöhen. Die globalen Lagerendbestände erwartet das USDA nun niedriger bei 128,97 Mio. nach 130,15 Mio. t im Vormonat. In der EU-25 dagegen sollen die Maisbestände auf 8,36 Mio. t steigen.

Im Bereich **Ölsaaten** hat das US-Agrarministerium im April seine Rekordprognose für die weltweite Ölsaatenernte 2005/06 aus dem März wieder nach unten korrigiert. Das Ministerium erwartet nun eine Produktion von 391,02 Mio. t nach zuvor geschätzten 392,99 Mio. t. Grund für die Korrektur sei vor allem der erwartete Rückgang der Sojabohnenernte in Brasilien und eine geringere Sonnenblumensaat-Produktion in Südafrika. Der weltweite Verbrauch soll sich leicht auf 313,26 Mio. t verkleinern. Die globalen Ölsaaten-Lagerendbestände verringern sich auf 63,02 Mio. t.

Nr. 16/2006 vom 24.04.2006

### **Getreideintervention im Geschäftsjahr 2005/06**

In Deutschland wird 2005/06 von der Möglichkeit der Getreideintervention deutlich weniger Gebrauch gemacht als im Vorjahr. Die angediente Menge war bis Ende März 2006 nur halb so hoch wie ein Jahr zuvor, teilt die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) in Bonn mit.

Ursachen dafür sind zum einen die kleineren Ernten 2005 sowie teilweise schwächere Qualitäten. Viele Partien erreichen nicht die Mindestkriterien für die öffentliche Lagerhaltung. Bis zum Schluss der Interventionssaison Ende Mai werden nach einer Umfrage in der Branche weitere Andienungen nicht ausgeschlossen. Die Mengen dürften aber überschaubar bleiben. Trotz der geringeren Angebote bleibt Deutschland mit seiner Interventionsmenge innerhalb der EU an zweiter Stelle hinter Ungarn.

Von Beginn der Interventionssaison Anfang November 2005 bis Mitte April 2006 summierte sich der Kontraktstand bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) auf insgesamt 1,54 Mio. t Getreide. Damit war die kontrahierte Menge knapp 55 % geringer als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das Gros des angedienten Getreides stammte laut ZMP mit 1,28 Mio. t oder anteilig 85 % aus den neuen Bundesländern. Der Löwenanteil des bundesweit angedienten Getreides entfällt in dieser Kampagne auf Gerste mit 942.896 t. Davon kommen 90 % aus den verbrauchsfernen Regionen Ostdeutschlands; Spitzenreiter ist Sachsen mit 299.000 t. An Weizen wurden von der BLE insgesamt 607.005 t kontrahiert. Zwei Drittel davon entfielen auf die neuen Bundesländer, allein in Mecklenburg-Vorpommern waren es 246.000 t.

Laut jüngsten Erhebungen der EU-Kommission umfassten die gesamten Andienungen an die Intervention vom 1. Juli 2005 bis zum 9. April 2006 rund 8,77 Mio. t. Davon entfielen 4,34 Mio. t oder gut 50 % auf Ungarn und 1,53 Mio. t bzw. 18 % auf Deutschland.

Nr. 17/2006 vom 03.05.2006

## **Bericht der Jochen Mautner GmbH zur Sommergerste 2006**

Die Jochen Mautner GmbH hat den Sommergerste-Bericht 2006 über den Stand der Aussaat von Sommergerste in Deutschland und den wichtigsten Braugerste anbauenden Ländern Europas herausgegeben.

Ein lang anhaltender strenger Winter führte in vielen Teilen Europas zu Verspätungen in der Aussaat von wenigstens 2 bis 3 Wochen. Die meist reichlich vorhandene Schneedecke konnte Auswinterungsschäden weitgehend verhindern. Insgesamt sind jetzt etwa 75 – 80 % der zu erwartenden Fläche in Europa ausgesät. Die traditionellen Frühgebiete Spanien und Frankreich, sowie England, Irland und Österreich sind bereits abgeschlossen, während Skandinavien erst beginnt. Die Aussaatfläche für Sommergerste in der EU wird trotz meist unbefriedigender Erlöse, guter Aussaatbedingungen im letzten Herbst und vermehrtem Anbau von "Energiegetreide" (vor allem Weizen, Mais und Raps für Bioenergie) nur um etwa 2 % zurückgehen. Auch die Prognosen für die Qualität sind zurückhaltend. Bei den Sorten gehen Scarlett und Barke weiter zurück. Die Sorten Braemar und Sebastian nehmen weiter zu.

In Dänemark geht die Fläche leicht zurück. Die Aussaat fängt gerade erst an und ist etwa zu 30 % im Boden. Die Verspätung beträgt etwa 3 Wochen gegenüber den beiden letzten Jahren. In Deutschland ist die Aussaat in den letzten Tagen gut vorangekommen und zu 90 % im Boden. Nur Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein sind noch nicht fertig. Insgesamt ist die Aussaat 2 bis 3 Wochen verspätet, was bei günstigen Wachstumsbedingungen mit ausreichend Feuchtigkeit in den nächsten Wochen aber vielleicht wieder aufgeholt werden kann. Die Bodenstruktur ist meist gut, regional allerdings noch recht feucht. Auswinterungsschäden gibt es kaum. Die Fläche wird erneut um ca. 12 % kleiner als im letzten Jahr geschätzt. Als Gründe hierfür werden meist unbefriedigende Braugerstererlöse sowie verstärkter Anbau von Wintergetreide und Raps für Bioenergieanlagen genannt. In Finnland sind die Böden meist noch gefroren. Die Fläche wird leicht zurückgehen. Mit der Aussaat wird frühestens Anfang bis Mitte Mai gerechnet. In Frankreich liegen die Schätzungen über die Fläche wie üblich wegen fehlender offizieller Zahlen noch auseinander obwohl die Aussaat schon lange abgeschlossen ist. Es wird berichtet, dass Landwirte wegen der Verspätung durch winterliche Verhältnisse keine Sommergerste mehr ausgesät haben, da sie wegen der verkürzten Vegetationszeit Mindererträge und Qualitätseinbußen befürchten. Die Sorte Sebastian, die auch in anderen Ländern wie Dänemark, Irland und Tschechien angebaut wird, nimmt stark zu. In Großbritannien nimmt die Fläche wegen Zunahme von Wintergetreide und zu niedriger Braugerstenprämie um etwa 6% weiter ab. Die Aussaat ist in England weitgehend abgeschlossen während in Schottland erst 60% im Boden sind. In Irland wird die Fläche gleich bleiben. Die Aussaat ist schon seit einiger Zeit abgeschlossen. In den Niederlanden wird mit einer leichten Zunahme der Anbaufläche gerechnet. Das gute Wetter der letzten Tage hat dazu beigetragen, dass inzwischen etwa 90% ausgesät sind. Österreich meldet derzeit gute Bedingungen bei leicht rückläufiger Fläche. Die Aussaat ist beendet, fand aber auch hier verspätet in der ersten Aprilhälfte statt. Schweden beginnt gerade erst mit der Aussaat auf sandigen und abgetrockneten Böden. Im Süden sind etwa 35 %, in der Mitte 10 % im Boden. Wegen der Zunahme von Winterweizen wird die Fläche für Sommergerste um ca. 14 % zurückgehen. Spanien erwartet nach den katastrophalen Ergebnissen des letzten Jahres jetzt wieder eine normale Ernte.

---

Die Wetterbedingungen waren günstig mit reichlichen Niederschlägen, auch wenn die Wasserreserven noch nicht wieder ganz aufgefüllt sind. Die Aussaat konnte im normalen Zeitraum November bis Februar vorgenommen werden. Die Fläche steigt leicht an.

In Polen sind die Böden noch sehr feucht, trotzdem konnte die Aussaat in der zweiten Aprilhälfte zu 90 % abgeschlossen werden. Die Fläche wird etwa gleich bleiben. Die Sorten Jersey und Sebastian nehmen zu. Auch in Tschechien ist die Aussaat verspätet, aber in den letzten Tagen erheblich vorangekommen und bereits zu 85 % abgeschlossen. Die Fläche bleibt etwa gleich. Wegen der lange anhaltenden Schneedecke und anschließender Überschwemmungen kommt es zu Auswinterungsschäden, vor allem bei Gerste. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern haben die Landwirte Interesse am Anbau von Sommergerste wegen problemloser Vermarktung und ausreichender Erlöse im Inland und im Export. In der Slowakei hat der lange Winter zu einer Verspätung der Aussaat von etwa 2 Wochen geführt. Bis jetzt sind 90 % im Boden. Anfang April wurden regional Felder überflutet, die eigentlich für Sommergerste vorgesehen waren und jetzt nicht mehr eingesät werden. Die Fläche wird wegen Reduzierung der Winteraussaat leicht ansteigen. In Ungarn ist die Aussaat in der ersten Aprilhälfte etwas verspätet abgeschlossen worden. Wegen unsicherer Marktverhältnisse, die durch die Insolvenz einer Mälzerei dort entstanden sind, geht die Fläche mit über 20 % stark zurück.

Die Braugerstenmärkte in der EU haben sich seit einigen Monaten befestigt. Deutsche Gerste aus alter Ernte ist kaum noch verfügbar. Das Malzgeschäft für die neue Saison beginnt langsam.

---

Nr. 18/2006 vom 11.05.2006

### **EU-Intervention für Getreide kommt auf den Prüfstand**

Dem Interventionssystem für Getreide drohen bei der Revision der gemeinsamen Agrarpolitik im Jahr 2008/09 einschneidende Änderungen. Das deutete der stellvertretende Leiter der Generaldirektion Landwirtschaft in der Europäischen Kommission, DR. DIRK AHNER, an.

In Sektoren wie Getreide und Milch gebe es zwischen der Exportstützung und dem Interventionsgeschehen eine klare Verbindung, erklärte DR. AHNER bei einer Veranstaltung des nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministeriums.

Wenn die Exporterstattungen wie geplant bis 2013 ausliefen, kämen die Interventionskäufe auf den Prüfstand. Die Auswirkungen der in den Verhandlungen der WTO absehbaren Kürzung der Importzölle auf die Intervention ließ der Brüsseler Beamte unerwähnt. Nach Meinung von DR. AHNER müssen die staatlichen Interventionskäufe noch aus einem anderen Grund überprüft werden. Die Gemeinschaft aus derzeit 25 und bald 27 Mitgliedstaaten sei auf ihren Agrarmärkten mit zunehmenden regionalen Ungleichgewichten konfrontiert, was zu erheblichen Kosten führe.

Nr. 19/2006 vom 15.05.2006

## **Minister von Boetticher plädiert für Zulassung von Getreide als Regelbrennstoff**

Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Dr. Christian von Boetticher lässt derzeit in Schleswig-Holstein prüfen, ob die Bioenergienutzung durch eine thermische Getreideverwertung ausgeweitet werden kann. „Wir haben uns stets für den Ausbau der energetischen Biomassenutzung im Ganzen und für Getreide als Regelbrennstoff im Besonderen eingesetzt“, erklärte Dr. von Boetticher vor dem Kieler Landtag. Damit komme die Landesregierung nicht zuletzt auch den Wünschen der Landwirtschaft entgegen, die die energetische Nutzung von Getreide vorrangig in Anlagen mit bis zu 100 kW-Leistung fordere. Bedacht werden müsse jedoch, dass Feinstaubemissionen bei Kleinfeuerungsanlagen einen erheblichen Teil der Gesamtemissionen ausmachen. Andererseits sei die Substitution fossiler Brennstoffe aus Gründen des Klimaschutzes und der Versorgungssicherheit eine notwendige und zugleich drängende Aufgabe.

Erste bundesweite Untersuchungen zur Biomasseverbrennung in Kleinfeuerungsanlagen durch die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) seien inzwischen abgeschlossen, erklärte der Minister. Über einen Beschlussvorschlag für die Ende Mai stattfindende Umweltministerkonferenz will Dr. von Boetticher darauf hinwirken, dass die 1. Bundes-Immissionsschutzverordnung im Hinblick auf biogene Brennstoffe so angepasst wird, dass eine umweltverträgliche thermische Verwertung von Getreide auf Bundesebene in absehbarer Zeit möglich wird. Bisher gehört Getreide nicht zu den zugelassenen Regelbrennstoffen im Sinne des § 3 der 1. Bundes-Immissionsschutzverordnung.

Nr. 20/2006 vom 22.05.2006

### **USDA-Schätzung für Weizen 2006/07**

Die weltweite **Weizenernte** soll sich laut Schätzung des US-Agrarministeriums (USDA) im kommenden Wirtschaftsjahr 2006/07 auf 600,5 Mio. t belaufen. Damit schätzt das USDA die kommende Ernte gut 3% kleiner ein als die Weizenerzeugung im noch laufenden Jahr 2005/06 von 620,4 Mio. t. Auch der Verbrauch im kommenden Jahr soll mit 616,7 Mio. t sinken, ebenso die Endbestände von 128,1 Mio. t.

Damit würden die weltweiten Lagerbestände zum Ende des kommenden Wirtschaftsjahres ihren niedrigsten Stand seit 25 Jahren erreichen.

Die **Weizenernte der EU** wird auf 125,5 Mio. t prognostiziert, Die Produktion der GUS-Staaten schätzt das USDA bei der kommenden Ernte auf 76,2 Mio. t.

Der weltweite **Handel** 2006/07 soll im Vergleich zum Vorjahr leicht eingeschränkt werden. So sollen Russland und die Ukraine ihre Exportmengen auf 6,5 Mio. t bzw. 1 Mio. t Weizen reduzieren. Die EU soll aus der kommenden Ernte laut USDA 16,5 Mio. t Weizen exportieren.

Die **Lagerbestände** der EU an Weizen zum Ende 2006/07 sollen sich laut USDA auf 18,1 Mio. t belaufen nach 21,3 Mio. t im laufenden Jahr.

Nr. 21/2006 vom 29.05.2006

## **BVO veranstaltete Saatguthandelstag**

Der Bundesverband der VO-Firmen (BVO) hat in Zusammenarbeit mit der Bundeslehranstalt Burg Warberg am 22. und 23. Mai 2006 den siebten Saatguthandelstag veranstaltet. Mit über 130 Teilnehmern aus der Saatgutbranche und des Getreidehandels hat sich der Saatguthandelstag auch in diesem Jahr wieder als „der“ Saatgutbranchentreff behauptet.

Schwerpunktt Themen der Veranstaltung waren unter anderem die die geplanten Neuerungen im Saatgutrecht, der aktuelle Stand der nicht-obligatorischen Beschaffenheitsprüfung, das Qualitätssicherungssystem für Z-Saatgut, die Anforderungen des Marktes an die Getreidezucht, der Konzentrationsprozess im Saatgutmarkt, die Züchtung von Nutzpflanzen für nachwachsende Rohstoffe sowie der Markt für Feldsaaten.

Die Zentralisierung der Saatgut Anerkennung in Deutschland schreitet voran. Bis 2008 sollen bundesweit einheitliche Formulare für die Anerkennung von Saatgut, einheitliche Anerkennungsnummern, einheitliche Probenahmebelege und internetfähige Datenformate eingeführt werden, erklärte Dr. Ellen Schüler, Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt. Mit der 11. Änderungsverordnung saatgutrechtlicher Verordnungen aus dem Jahr 2004 sei man auf dem richtigen Weg: Die gesetzlichen Änderungen hätten die nicht-obligatorische Beschaffenheitsprüfung, die private Feldbestands- und Beschaffenheitsprüfung sowie die private Probenahme ermöglicht. Bis 2004 wurde in den aktiven zwölf Landes aner kennungsstellen bereits das Datenbanksystem Sapro-Kapro eingeführt, womit bereits ein gewisses Maß an Vereinheitlichung erreicht wurde. Mit der Programmierung einer zentralen Onlinedatenbank, die die Beteiligten an das Land Sachsen-Anhalt Anfang des Jahres vergaben, soll nun eine Kombination einer Datenzentrale mit dezentralen Stellen geschaffen werden.

Mit der Vernetzung sei keine Verteuerung der Anerkennung zu erwarten, weil der personelle Aufwand vor Ort niedrig gehalten werde. Die Rationalisierung und Vereinheitlichung der Saatgut Anerkennung in Deutschland bedürfe keiner Schaffung einer neuen Behörde, sagte Schüler weiter. Vielmehr sollten die vorhandenen Kompetenzen der Anerkennungsstellen genutzt werden. Frau Dr. Schüler forderte ebenso eine bessere länderübergreifende Zusammenarbeit der dezentralen Stellen bzw. die die Verlagerung der Richtlinienkompetenz auf eine zentrale Stelle zur besseren und einheitlichen Durchsetzung der Bestimmungen. Die Saatgutwirtschaft komme damit einer Entschließung des Bundesrates nach, der es als notwendig ansieht, „*zeitnah eine Konzentration der Saatgut Anerkennungsstellen sowie der Saatgutprüfstellen unter Beachtung regionaler Bezüge vorzunehmen.*“

DR. HANS GEORG BETZ von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen hat über die erfolgreiche Einführung und den aktuellen Sachstand der nicht-obligatorischen Beschaffenheitsprüfung (NOB) referiert. Die Änderung des § 12 Saatgutverordnung ermöglichte 2005 die Einführung des NOB-Verfahrens in enger Zusammenarbeit zwischen den Anerkennungsstellen und der Saatgutwirtschaft. Das NOB-Verfahren stärke die Eigenverantwortung der Wirtschaft, reduziere die Kosten und ermögliche eine schnellere Belieferung der Kunden mit Saatgut ohne Verzicht auf Sicherheit und Qualität, so Dr. Betz. Im Jahr 2005 haben sich 35 Aufbereiter mit über 3000 Einzelpartien beteiligt.

---

Die Ergebnisse der Kontrollproben vom Dezember 2005 hätten gezeigt, dass das NOB-Verfahren sehr gut funktioniert, denn 97,5 % der Proben haben die Anerkennungsnormen erfüllt. Das NOB-Verfahren werde daher 2006 für alle Getreidearten eröffnet.

Im Jahr 2005 wurde ebenso erfolgreich das neue Qualitätssicherungssystem (QSS) für Z-Saatgut auf dem Markt eingeführt. Ziele des QSS-Systems seien dabei u.a. die nachhaltige Qualitätssicherung bei Saatgut, die Fehlervermeidung bei der Saatguterzeugung, die Förderung der Attraktivität von Z-Saatgut durch eine höhere Kundenzufriedenheit, die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Saatguterzeugung sowie ein positiver Beitrag zur Steigerung des Saatgutwechsels, fasste Frau BELINDA GIESEN-DRUSE (GFS) zusammen. Die Startphase sei sehr erfolgreich verlaufen – für das Jahr 2006 sei jedoch weiterhin die konsequente Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen und die aktive Teilnahme der Aufbereitungsbetriebe gefordert, so Frau GIESEN-DRUSE.

Für Diskussionen sorgte der Vortrag von NORBERT DIETEL (Monsanto) über den zukünftigen Saatgutmarkt. Dietel stützte sich auf Prognosen, nach denen der Konzentrationsprozess in den nächsten 10 Jahren weiter voran schreitet. 2015 dürfte es noch sieben Vertriebsfirmen und Züchter für Mais und sechs für Raps weltweit geben. Auch bei Getreide rechnet er mit einer weiteren Konzentration. Allerdings beständen auch auf einem sich zunehmend verdichtenden Weltmarkt Chancen für Züchtungsunternehmen in Nischenbereichen mit hohem Spezialisierungsgrad.

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurden insbesondere die künftigen Marktbedingungen diskutiert. Hierbei äußerten die meisten Diskutanten ihre Überzeugung, dass in Deutschland aufgrund der regional sehr unterschiedlichen Strukturen der Mittelstand auch in Zukunft seine Chancen haben werde, auch wenn der Strukturprozess sicher weiter voran schreiten werde. Stellvertretend für die Züchter wehrte sich Dr. REINHARD KENDLBACHER, I.G. Pflanzenzucht, gegen den Vorwurf, in Deutschland gäbe es zu viele Sorten. So berichtete der Mühlenvertreter JOACHIM KUHLMANN von der Hedwigsburger Ockermühle, seine Mühle benötige nur 30 Weizensorten für die Produktion ihrer Produkte. Laut Kendlbacher könnten regionale Besonderheiten und spezielle Verarbeitungswünsche der Mühlen nur durch eine große Sortenvielfalt berücksichtigt werden.

Der Saatguthandelstag wurde von einer Reihe von Ausstellern begleitet, die den Teilnehmern in den Pausen für Gespräche zur Verfügung standen und praktische Lösungsvorschläge für diverse Fragestellungen, die die Branche

Nr. 22/2006 vom 06.06.2006

## **Erster Ölsaaten-Handelstag auf Burg Warberg erfolgreich gestartet**

Die globale Entwicklung in der Biokraftstoffindustrie schreitet rasant voran. In einem derart wachsenden Markt politische Rahmenbedingungen für 2009 und später festzulegen, hält THOMAS MIELKE von ISTA Mielke GmbH, Hamburg, daher für nicht durchführbar. Zuvor hatte DR. NORBERT HEIM, Ufop, kritisiert, dass die Bundesregierung mit ihrer Steuerpolitik keine Planungssicherheit über das Jahr 2009 hinaus schaffen würde. Beide äußerten sich anlässlich des vom BVA mitveranstalteten ersten Ölsaaten-Handelstages in Warberg. Mit rund 100 Teilnehmern aus allen Branchenbereichen hat der erste Ölsaaten-Handelstag die Erwartungen voll erfüllt.

In mehr als 25 Ländern werden nach Worten Mielkes die Produktionskapazitäten zum Teil deutlich ausgeweitet: Mit der Einführung der Zwangsbeimischung in der EU ab 2010 werden auf Basis des derzeitigen Kraftstoffverbrauchs vermutlich 12 Mio. t Biokraftstoff benötigt. Mielke schätzt, dass die EU nicht einmal 6 Mio. t produzieren können, mit der Folge, dass auf andere pflanzliche Öle wie Soja- und Palmöl zurückgegriffen werden muss. „Die Importabhängigkeit der EU wird damit noch steigen“, so Mielke. Die EU hat sich vom Rapsölexporteur Anfang der 90er Jahre - damals neben Kanada der größte Lieferant - zum Importeur entwickelt, Tendenz zunehmend. Allein 2005/06 (Oktober/September) werde die EU 340.000 t Rapsöl einführen. Schon in drei bis sechs Monaten rechnet Mielke mit einem deutlichen Nachfragezuwachs nach Rohstoffen zur Biokraftstoffherstellung, weil eine Reihe neuer Anlagen in Betrieb gehen wird. In der Saison 2005/06 geht der Experte von einem Rapsölverbrauch von 3,71 Mio. t allein im Bioenergiebereich aus, was einem Zuwachs von 43 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Davon dürften allein rund 3,34 Mio. t zur Herstellung von Biodiesel genutzt werden. In der EU-25 werden in der laufenden Saison schätzungsweise 25,3 Mio. t pflanzliche Öle und Fette verbraucht, was eine Steigerung um 2,1 Mio. t bedeutet: „94 % des Bedarfszuwachses sind auf die nachfragender Biokraftstoffindustrie zurückzuführen“, sagte Mielke weiter. „Bei diesem Wachstum sind wir bereits in der nächsten Saison auf umfangreiche Importe von Canola aus Kanada angewiesen.“ Damit spielt er auf die Einfuhrzulassung weniger GV-Rapslinien aus Kanada zur Verarbeitung in die EU an. Kanada, weltweit der größte Rapsproduzent, baut großflächig gentechnisch veränderte herbizidresistente Rapsorten an. 2005 betrug der Anteil an GV-Raps rund 75% des gesamten Rapsanbaus. Auf Grund möglicher Vermischungen ist der Export in die EU somit stark gehemmt: „Hier muss in der Politik ein Umdenken stattfinden“, so Mielke weiter.

Weitere Themen waren die Besteuerung/Beimischungszwang für Biokraftstoffe, Vermarktungsrisiken, Rapssaatlagerung, Ölsaatenverarbeitung und Rapsfuttermittel.

Nr. 23/2006 vom 12.06.2006

## **Qualität und verlässliche Verfügbarkeit bestimmen die Perspektiven für Getreide**

Alle wichtigen Parameter auf dem Getreidemarkt seien zurzeit im grünen Bereich, so DR. JENS SCHAPS von der EU-Kommission in Brüssel auf der gemeinsamen Börse Bremen-Oldenburg. Die Kommission erwarte, dass die öffentlichen Lagerbestände bis zum Ende dieses Wirtschaftsjahres noch deutlich unter 15 Mio. t sinken werden und auch der Weizen ist ohne Exporterstattungen wettbewerbsfähig im Export. Der heimische Verbrauch entwickelt sich nicht zuletzt wegen der wachsenden Bedeutung der tierischen Veredelung und der Biokraftstoffe stetig weiter.

Dennoch müsse die Wirtschaft sich darauf einstellen, dass künftig die Exporterstattungen auslaufen werden und damit der Exportwettbewerb härter wird. Auch ist im Getreidebereich mit einer steigenden Importmenge aus der Schwarzmeerregion zu rechnen. Getreide wird aber in Zukunft einen angemessenen Außenschutz behalten - eine vollständige Liberalisierung ist unwahrscheinlich. Die Getreidemarktordnung stehe zwar auf dem Prüfstand, doch vor 2008 seien kaum Änderungen zu erwarten. Mittelfristig müsse europäisches Getreide aber über seine Qualität, seine verlässliche Verfügbarkeit und letztendlich auch über einen wettbewerbsfähigen Preis seinen Absatz auf den Märkten finden. Unverarbeitete Massenprodukte und Futtergetreide werden es in Zukunft auf den Weltmärkten schwerer haben, so Schaps weiterhin. Nur wettbewerbsfähige EU-Betriebe, die den Weltmarktpreis als Maßstab sehen, werden weiter produzieren und auch ohne Exporterstattungen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein. Viele andere werden vornehmlich für den Binnenmarkt produzieren.

Die Anforderungen an alle Marktbeteiligte werden steigen. Betriebsleiter, Verarbeiter, Handel, Futtermittelindustrie müssen sich gemeinsam dem Preis- und Qualitätswettbewerb stellen und dem anhaltenden Kostendruck durch laufende Anpassungen begegnen.

Nr. 24/2006 vom 19.06.2006

### **USDA Prognose zur Weizenernte 2006/2007**

Das US-Agrarministerium (USDA) rechnet in seiner Juni-Prognose für das Wirtschaftsjahr 2006/07 mit einer weltweiten Weizenernte von 599,83 Mio. t. Das Ministerium hat seine vorherige Schätzung (600,47 Mio. t) damit insgesamt leicht nach unten korrigiert. Eine höhere Weizenernte erwartet das Ministerium in der Ukraine, Kanada und in der EU-25 (126 Mio. nach 125,5 Mio. t). Dagegen sollen die USA, Argentinien und Russland weniger Weizen ernten als noch in der Mai-Prognose erwartet. Die globalen Lagerendbestände schätzt das Ministerium auf 128,24 Mio. t nach zuvor 128,13 Mio. t. Der weltweite Verbrauch soll sich dem USDA zufolge leicht auf 615,59 Mio. t verringern, vor allem Russland und die USA sollen weniger Weizen verbrauchen.

Das USDA sieht die weltweite Ölsaatenernte 2006/07 bei 389,38 Mio. t. Weltweit soll sich die Erzeugung von Rapssaat und Sonnenblumensaat verringern. In Kanada und Indien erwartet das USDA eine geringere Rapssaatproduktion, während sie in der EU-25 und in China auf dem Niveau des Vorjahres liegen soll. Die Sonnenblumensaatproduktion solle kleiner ausfallen, da geringere Ernten in Russland und der Ukraine erwartet würden.

---

Nr. 25/2006 vom 26.06.2006

### **BMELV fördert Innovationen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft mit 50 Mio. EUR**

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) hat ein Programm zur Innovationsförderung veröffentlicht, das Forschung und Entwicklung, Wissenstransfer und bessere Rahmenbedingungen für Innovationen in der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft unterstützt. Gerade diese Sektoren stehen aufgrund des massiven Strukturwandels in der Landwirtschaft unter einem ständigen Anpassungsdruck, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den nationalen und internationalen Märkten zu erhalten.

Angesichts des hohen Lohnniveaus in Deutschland ist es notwendig, Innovationen voranzutreiben und die Innovationsfähigkeit zu verbessern, um Beschäftigungs- und Wertschöpfungspotenziale für die Zukunft zu erschließen, so Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer.

Zusammen mit der Wirtschaft soll die Entwicklung innovativer, international wettbewerbsfähiger Produkte, Verfahren und Leistungen mit 50 Mio. EUR bis zum Jahr 2009 unterstützt werden. Am 17. Juni 2006 sind die ersten beiden Bekanntmachungen für die Einwerbung von innovativen Vorhaben von kleineren und mittleren Unternehmen im Bereich der Pflanzenzüchtung, insbesondere Resistenzzüchtung, und der Tiergesundheit veröffentlicht worden. Das Programm zur Innovationsförderung sowie die Bekanntmachungen kann man auf der Internetseite der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung unter <http://www.ble.bund.de> Rubrik Innovationsförderung einsehen.

Nr. 26/2006 vom 03.07.2006

## **Reform der EU-Marktordnungen**

Zur Reduzierung der Bürokratie und Steigerung der Effizienz plant die EU-Kommission die verschiedenen Marktordnungen zu einer gemeinsamen Marktordnung zusammenzufassen. Hierin soll auch die Marktordnung für Getreide eingebunden werden, so DR. SEEGERs vom Bundeslandwirtschaftsministerium im Rahmen des Getreidehandelstages auf Burg Warberg. Bereits für den Herbst 2006 hat die EU-Kommission eine Konferenz und die Vorstellung eines Aktionsplans zur Reform der EU-Marktordnungen angekündigt.

Durch die Zusammenführung der Marktordnungen könnte zusätzlicher Druck für die Getreidemarktordnung, insbesondere die Getreideintervention entstehen, so DR. SEEGERs. In den anderen Marktordnungen sei die Intervention bereits abgeschafft und erfolgreich durch private Lagerhaltung ersetzt worden. Die Aufrechterhaltung des Interventionssystems werde im Zuge der Zusammenlegung der Marktordnungen daher kritisch hinterfragt werden. Insgesamt will die EU den Einfluss der Marktverwaltung und die Steuerung der Märkte zurückfahren.

Geplant sei weiterhin, die Zahl der Verordnungen für Ausschreibungen von Getreide für den Verkauf aus der Intervention oder für den Export zu reduzieren. Die Kommission beabsichtigt, vergleichbare Binnenmarkt- bzw. Exportausschreibungen in einer Verordnung zusammenzufassen. Dies soll das Ausschreibungsverfahren vereinfachen und entschlacken. In Zukunft soll es z.B. bei der Eröffnung von Exportausschreibungen für Interventionsgetreide nur noch eine Verordnung geben. Die Details der Ausschreibung, z. B. die Getreideart und in welchem Mitgliedsstaat in welchem Zeitraum welche Menge zum Verkauf ansteht, sollen in Zukunft als Anhang zur Verordnung mitgeteilt werden.

Nr. 27/2006 vom 17.07.2006

## USDA-Ernteschätzung

Das **US-Agrarministerium** (USDA) geht in seiner Juli-Prognose für das Wirtschaftsjahr 2006/07 von einer weltweiten **Weizenernte** von 605,21 Mio. t aus. Damit hat das Ministerium seine vorherige Schätzung (599,83 Mio. t) deutlich nach oben korrigiert.

Der Grund für die gestiegene Ernteschätzung findet sich vor allem in **China** und der **Ukraine**: Dort erwartet das USDA aufgrund des guten Wetters bessere Erträge. Weniger Weizen aufgrund der großen Hitze und Trockenheit sollen **Australien und Brasilien** ernten.

Die größere Ernte schlägt sich auch in den globalen **Lagerendbeständen** nieder: Diese schätzt das Ministerium auf 133,2 Mio. t nach zuvor 128,24 Mio. t. Der weltweite Verbrauch soll sich dem USDA zufolge auf 617,05 Mio. t erhöhen. Vor allem China, die Türkei und die Ukraine sollen mehr Weizen verbrauchen. Die weltweiten **Importe** sieht das Ministerium mit 110,13 Mio. t Weizen höher als in der Juni-Schätzung mit 108,72 Mio. t. Auch die weltweiten **Exporte** liegen mit 109,81 Mio. t um 800.000 t über dem Niveau des Vormonats. Höhere Exportvolumen schätzt das USDA vor allem für die Länder China, Ukraine und Kanada.

Die globale **Maisproduktion** sieht das US-Ministerium mit 686,75 Mio. t um rund 4,6 Mio. t über dem Niveau des Vormonats. In den USA allein soll sich die Erzeugung auf 272,81 Mio. t von zuvor geschätzten 267,98 Mio. t erhöhen, während sie in den anderen Ländern auf dem Niveau der Juni-Prognose liegt. Der weltweite Maisverbrauch soll auf 722,62 Mio. t von 720,34 Mio. t steigen. Vor allem die USA verzeichnen einen Verbrauchsanstieg von rund 2,3 Mio. t. Die globalen Lagerendbestände erwartet das USDA bei 91,22 Mio. t. Einem Anstieg in Argentinien (0,76 Mio. t von 0,46 Mio. t) stehe ein Rückgang der Vorräte in der EU-25 auf 11,36 Mio. t von 11,84 Mio. t gegenüber.

Das USDA erwartet weltweit eine **geringere Ölsaatenproduktion** von 386,65 Mio. t nach zuvor geschätzten 389,38 Mio. t. In den USA sei die Produktion von Sojabohnen, Sonnenblumensaatens etc. reduziert worden. Für Kanada erwartet das USDA eine höhere Rapsaatenproduktion, da sich die Anbaufläche vergrößert habe. Dagegen würden in Australien aufgrund der Trockenheit weniger Rapsaaten angebaut. Die globalen Ölsaaten-Lagerendbestände sollen sich 2006/07 auf 59,57 Mio. t (Vormonats-Schätzung bei 64,75 Mio. t) verringern. Der weltweite Verbrauch soll nach USDA-Angaben auf 323,94 Mio. t steigen.

Nr. 28/2006 vom 24.07.2006

### **Ernteertragsvorhersage der EU-Kommission**

Die Analysen der Europäischen Kommission hinsichtlich der Ernteerträge zeigen, dass trotz der Trockenheit in den betroffenen Mittelmeergebieten die Gesamtgetreideernte in der EU dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre entspricht (-0,5 %). Wieder einmal fällt die Ernte in Südeuropa (Spanien, Portugal, Frankreich, Italien und Griechenland) dürrebedingt niedrig aus. Die Ernteerträge in der EU werden in diesem Jahr von ähnlichen Bedingungen wie 2005 beeinträchtigt, wenn auch in etwas abgeschwächter Form. Trockenheit und Hitze haben erneut die Wasserressourcen in den betroffenen Gebieten reduziert. Wenn die Trockenheit andauert, könnte ein noch größeres Gebiet betroffen sein und die Erträge könnten noch weiter sinken. Die Kommission sagt eine potentielle Ertragssteigerung für Weichweizen, Wintergerste und Mais von 4,3 %, 2,3 % bzw. 3,0 % im Vergleich zu den Durchschnittswerten von 2001 bis 2005 voraus, für Hartweizen und Sommergerste jedoch einen Rückgang von 2,3 % bzw. 4,4 %.

Das von der derzeitigen Trockenheit betroffene geographische Gebiet ist kleiner als bei der extremen Dürre von 2003 und 2005. So macht das Gebiet, in dem die Weizenproduktion unter der Trockenheit leidet, 2006 14 % des Gesamtgebietes der EU aus – 2005 waren es dagegen 17 % und 2003 gar 23 %. In einigen der betroffenen Gebiete – Südfrankreich, Katalonien, Sardinien sowie Mittel- und Nordwestitalien – verschlechtert sich jedoch die Situation hinsichtlich der seit Frühling entstandenen Wasserreserven. Da einige Gebiete sowohl 2005 als auch 2006 von der Trockenheit betroffen waren, besteht Anlass zur Sorge für den Zustand ihrer Wasserreserven. Des Weiteren zeigen Analysen der extremen Dürreperioden der letzten 30 Jahre auf, dass in den letzten 15 Jahren einige betroffene Gebiete (Südostspanien, Nordwestfrankreich und Mittelitalien) immer öfter von Trockenheit heimgesucht wurden.

Nr. 29/2006 vom 31.07.2006

### **COCERAL: EU-Anbau von Ölsaaten legt deutlich zu**

In der EU ist der Anbau der drei wichtigsten Ölsaaten (Raps, Sonnenblumen, Sojabohnen) zur Ernte 2006 deutlich ausgedehnt worden. Unser Dachverband COCERAL in Brüssel, schätzt den Zuwachs auf 5,2 %. Dabei wird die gesamte Anbaufläche voraussichtlich rund 7,4 Mio. ha erreichen.

Die **Rapsfläche** nahm demnach um 3,2 % auf rund 4,9 Mio. ha zu. Allerdings rechnet COCERAL hier mit niedrigeren Erträgen als im Vorjahr. So sei eine EU-Rapserte von rund 15,3 Mio. t zu erwarten nach fast 15,5 Mio. t im vorigen Sommer, heißt es.

In **Deutschland** wird das Rapsaufkommen nach dieser Prognose überdurchschnittlich abnehmen, und zwar um 3,9 % auf knapp 4,9 Mio. t.

Für **Frankreich** ist ein Anstieg der Produktion um 2,6 % auf 4,6 Mio. t ausgewiesen.

Die diesjährige **Sonnenblumenernte** in der EU wird laut COCERAL deutlich über dem Ergebnis von 2005 liegen. Der Verband geht in diesem Jahr von einer Produktion um 4 Mio. t aus. Das wären im Vergleich zum Vorjahr 221.000 t bzw. 5,8 % mehr.

Der Ausblick auf die diesjährige **Sojabohnenernte** stellt sich sehr günstig dar: Es wird mit einem EU-Aufkommen von 984.000 t gerechnet. Dies würde gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 16,7 % bedeuten.

Nr. 30/2006 vom 07.08.2006

## Deutscher Bauernverband legt 2. Erntemeldung vor

Trockenheit und Hitze haben zu einem ungewöhnlich schnellen Ernteverlauf geführt. Die Erntearbeiten werden vielerorts um bis zu drei Wochen früher als üblich durchgeführt. Dies stellt der Deutsche Bauernverband (DBV) in seinem 2. Erntebericht fest, der auf einer Umfrage seiner Landesbauernverbände basiert.

Das Getreide ist regional so schnell abgereift, das für Wachstum und Korneinlagerung weniger Zeit zur Verfügung stand. Die Folge sind regional deutliche Ertragseinbußen. Die derzeitigen Niederschläge sind der Landwirtschaft höchst willkommen. Zwar wurde die Getreideernte dadurch regional unterbrochen, doch die Niederschläge helfen, die Situation in den Futterbaubetrieben zu entschärfen. Allerdings sind vielerorts die Wiesen durch die Trockenheit derart geschädigt, dass bisher nur vereinzelt mit nennenswertem Aufwuchs zu rechnen ist. Die Niederschläge können eingetretene Einbußen bei der Getreideernte nicht mehr ausgleichen, da Getreide und Raps bereits abgereift sind. Regional kommt der Regen auch für den Futtermais zu spät. Erste Maisfelder mussten bereits abgeerntet werden, entgegen dem sonst üblichen Erntetermin September und Oktober, da die Pflanzen vertrocknet sind. Damit werden die tierhaltenden Betriebe gezwungen, zusätzlich Futtergetreide zu erwerben. Vor ähnlichen Problemen stehen die Betreiber der Biogasanlagen, die ihre Anlagen mit Silomais und Grassilage betreiben.

Die Ernte der **Wintergerste**, die als Futtergetreide genutzt wird, ist annähernd abgeschlossen. Lediglich in einigen Spätlagen werden noch Restflächen beerntet. Durch eine Ausdehnung der Anbaufläche deutschlandweit (plus 10,3 Prozent) konnte der Dürre bedingte Ertragsrückgang fast kompensiert werden. Der DBV rechnet insgesamt mit einer Wintergerstenernte knapp unter Vorjahr in Höhe von 8,8 Millionen Tonnen. Der Einfluss der Trockenheit war im Vergleich zu später reifenden Kulturen wie Weizen geringer. Trotzdem wird durchweg von geringeren Erträgen gegenüber dem Vorjahr berichtet. Im Süden und Südwesten Deutschlands sind die Erträge nur leicht zurückgegangen, im Norden und Osten wird mit Ertragsrückgängen von 10 bis 15 Prozent gerechnet, regional auch deutlich stärker. Die Qualitäten sind überwiegend gut; im Norden und Osten wurde jedoch auch Schmachtkorn geerntet. Wegen guter Nachfrage verläuft die Vermarktung der Gerste positiv, insbesondere in den Veredelungsregionen Nord- und Westdeutschlands ist die Futtergerste gefragt. Vielfach warten Landwirte noch mit dem Verkauf der trockenen lagerfähigen Ware. Das Gros der Erzeugerpreise schwankt zwischen 8,50 und 9,50 Euro pro Dezitonne, in Veredelungsregionen werden auch 10,00 Euro pro Dezitonne und mehr gezahlt. Damit liegen die Preise 1 Euro höher als im vergangenen Jahr.

Regional stark gelitten hat unter der Hitze die **Sommergerste**, die hauptsächlich als Braugerste angebaut wird. Offen ist noch, wie viel Sommergerste die Braugerstenqualität erfüllen wird. Der DBV rechnet mit einer Sommergerstenernte in Deutschland, die deutlich unter Vorjahr liegen wird (2,2 Millionen Tonnen gegenüber 2,8 Millionen Tonnen im Vorjahr), da auch die Anbaufläche deutlich gegenüber dem Vorjahr reduziert wurde (minus 9,1 Prozent). Es dürfte zu einer knappen Versorgung kommen. Insbesondere aus den wichtigsten Anbauländern Bayern und Niedersachsen werden deutlich reduzierte Anteile vermarktungsfähiger Braugerste gemeldet. In Bayern liegen die Erträge derzeit 20 Prozent unterhalb des Vorjahres, regional sogar bis zu 40 Prozent. Auch in Baden-Württemberg und Niedersachsen wurden mindestens 10 Prozent weniger geerntet. Das Preisniveau ist auf 110 bis

---

120 Euro pro Tonne gestiegen, vereinzelt werden Preise um 125 Euro pro Tonne frei Mälzerei genannt.

**Winterweizen** ist mit 45,5 Prozent der Getreideanbaufläche die bei weitem wichtigste Getreideart in Deutschland. Insgesamt wird die Weizenernte geringer als im Vorjahr ausfallen. Der DBV rechnet mit einer Winterweizenernte in Höhe von etwa 21 Millionen Tonnen gegenüber 23,3 Millionen Tonnen im Vorjahr. Im Westen Deutschlands ist die Ernte am weitesten vorangeschritten. In den Hauptanbauländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind erst 30 Prozent bis 50 Prozent geerntet. Aus einigen Bundesländern werden Ertragsrückgänge bis zu 20 Prozent gemeldet, regional unterliegen die Erträge starken Schwankungen. Thüringen und Sachsen melden Regionen, in denen die Erträge 35 Prozent bis 45 Prozent unter Vorjahr liegen; Trockenheit und Hitze führten zu Notreife. Auch die Qualitäten haben regional gelitten. Aus Nord- und Ostdeutschland werden hohe Schmachtkornanteile und geringe Hektolitergewichte gemeldet, was entsprechende Abzüge bei den Erzeugerpreisen zur Folge hat. Insgesamt sind die Preise im Vergleich zum Vorjahr um 1,00 bis 1,50 Euro gestiegen.

Für **Winterraps** werden bundesweit ebenfalls rückläufige Erträge gemeldet. Die Ernte ist zu 80 Prozent abgeschlossen. Trotz einer starken Ausweitung der Rapsanbaufläche (plus 6,1 Prozent) rechnet der DBV mit einer Rapsenernte in Höhe von 4,7 Millionen Tonnen (minus 300.000 Tonnen gegenüber Vorjahr). Im Bundesdurchschnitt ist mit Ertragseinbußen von mehr als 10 Prozent zu rechnen. Regional, insbesondere in den östlichen Bundesländern und Schleswig-Holstein, haben die Bestände massiv unter Trockenheit sowie Schäden durch den Rapsglanzkäfer gelitten. Aus Brandenburg werden Ernteauffälle von 80 Prozent bis zum Totalausfall berichtet. Die Qualitäten sind gut, mit Ausnahme bei Trockenschäden. Die Rapspreise liegen derzeit mit 23,00 bis 24,50 Euro pro Dezentonne deutlich über dem Vorjahrespreis von 20 Euro. Da aus Frankreich und Polen auch geringere Erntemengen gemeldet werden, könnten die Preise noch weiter ansteigen.

**Roggen** ist ein wichtiges Brotgetreide, wengleich die Bedeutung des Winterroggens mit 8 Prozent an der gesamten Getreideanbaufläche geringer ist. Roggen gilt als typisches Getreide für leichte Böden. Der Roggen hat deshalb die Trockenheit vergleichsweise gut überstanden, aus einigen Bundesländern werden jedoch Ertragsrückgänge von bis zu 15 Prozent gemeldet. Der DBV rechnet mit einer Roggenernte in Deutschland in Höhe von 2,6 Millionen Tonnen. Die Qualität wird als gut bezeichnet, was sich in den hohen Fallzahlen darstellt. Meldungen über Schmachtkorn liegen nur vereinzelt vor, Mutterkorn spielt in diesem Jahr fast keine Rolle. Die Preise liegen mit 9,00 bis 10,00 Euro pro Dezentonne um mehr als 1 Euro über dem Vorjahr, der Markt sucht und fragt Qualitätsware rege nach.

Nr. 31/2006 vom 04.09.2006

## **Entwurf einer Verordnung zur Umsetzung des gemeinschaftlichen Lebensmittelhygienerechts**

Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) hat einen Entwurf einer Verordnung zur Durchführung von Vorschriften des gemeinschaftlichen Lebensmittelhygienerechts vorgelegt.

Das gesamte Lebensmittelhygienerecht der EU ist seit dem 01.01.2006 durch die drei unmittelbar anzuwendenden Verordnungen (EG) Nr. 852/2004, 853/2004 und 854/2004, so genanntes „EU-Hygiene-Paket“, sowie durch mehrere EG-Durchführungsverordnungen zu diesen Gemeinschaftsrechtsakten neu geregelt worden. Das bis zum 1. Januar 2006 geltende Richtlinienrecht wurde aufgehoben.

Als Folge dieser umfassenden Neuregelung des EU-Lebensmittelrechts muss auch das deutsche Lebensmittel-, Fleisch- und Geflügelfleischhygienerecht grundlegend neu strukturiert werden. Dies soll durch den vorgelegten Verordnungsentwurf geschehen, der vier neue Verordnungen vorsieht, dreizehn bestehende Verordnungen ändert und zahlreiche deutsche Verordnungen aufhebt. Die neuen deutschen Regelungen stellen anders als bisher kein in sich geschlossenes Regelwerk mehr dar. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das neue EU-Lebensmittelhygienerecht als unmittelbar anwendbares Recht erlassen wurde. Die nationale Durchführungsverordnung kann daher nur noch Regelungen enthalten, zu deren Erlass die Mitgliedstaaten durch das neue EG-Lebensmittelhygienerecht ermächtigt oder im Rahmen der Subsidiarität verpflichtet sind oder die konkrete Durchführungs-vorschriften darstellen (z.B. Fragen und Verfahren der Zulassung etc.).

Nr. 32/2006 vom 11.09.2006

## **Bundesumweltminister kündigt rasche Zulassung von Energiegetreide als Brennstoff an**

Mit der geforderten Zulassung von Energiegetreide als Brennstoff könnte es schneller gehen als ursprünglich geplant. Das Bundesumweltministerium will bereits im Oktober dieses Jahres einen Entwurf für eine Novelle der 1. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) vorlegen, der auch eine Zulassung der Getreideverbrennung für landwirtschaftliche Betriebe enthalten soll. Das hat das Umweltressort den Ländern jetzt als Reaktion auf einen Beschluss der Umweltministerkonferenz vom Mai dieses Jahres mitgeteilt. Neben der Öffnung der 1. BImSchV für die Getreideverbrennung geht es bei der in einem Schritt geplanten Neufassung darum, Emissionsgrenzwerte für alle Festbrennstoffe insbesondere biogener Art nach dem Stand der Technik festzulegen. Zufrieden über die Mitteilung des Bundesumweltministeriums äußerte sich der hessische Landwirtschaftsminister Wilhelm Dietzel. Der Minister begrüßte ausdrücklich das Vorhaben des Bundes, die Verbrennung von Getreide zeitnah zu regeln. Der beabsichtigte Novellierungsentwurf werde voraussichtlich anspruchsvolle Emissionsgrenzwerte nach dem Stand der Technik und spezielle Anforderungen an die Betriebsweisen der Anlagen enthalten, um negative Auswirkungen auf die Umwelt zu vermeiden. Dietzel kritisierte zugleich eine vorgesehene grundsätzliche Beschränkung des Einsatzes von Getreide auf Feuerungsanlagen im Bereich der Landwirtschaft. Diese Einschränkung müsse vor dem Hintergrund der zügig fortzuentwickelnden Verbrennungstechnik für diesen Brennstoff hinterfragt werden.

Ein beschränkter Abnehmerkreis biete Anlagenherstellern nicht genügend Anreize, in neue Verbrennungstechnologien zu investieren, befürchtet der Minister. Eine Öffnung des Einsatzes von Getreide auch für Anlagenbetreiber außerhalb der Landwirtschaft wäre laut Dietzel vertretbar, wenn die Anforderungen an die Anlagen zum Einsatz von Getreide und einzuhaltende Emissionsgrenzwerte sicherstellten, dass keine schädlichen Umwelteinwirkungen insbesondere durch Feinstaub- oder Stickoxidemissionen zu befürchten seien. Die konkreten Anforderungen im Novellierungsentwurf des Bundes blieben abzuwarten. Hessen werde sich aber in jedem Falle für eine Öffnung des Betreiberkreises unter den benannten Voraussetzungen einsetzen, betonte der Minister.

---

Nr. 33/2006 vom 19.09.2006

**EU-weit 244,6 Mio. t Getreide erwartet**

Das französische Analystenunternehmen Tallage korrigiert in seinem Septemberbericht die EU-Getreideernte um 4,4 Mio. t nach unten. In der EU sollen demnach im Wirtschaftsjahr 2006/07 insgesamt 244,6 Mio. t Getreide geerntet werden. Zum Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang der Ernte um 5 %.

Dabei waren es jedoch vor allem die weniger bedeutenden Getreidearten wie beispielsweise Roggen, dessen geschätzte Erzeugung allein um 2,25 Mio. t reduziert wurde.

Die Prognose für Mais wurde gegenüber dem Vormonat um 0,94 Mio. t gesenkt, die für Weichweizen um 0,69 Mio. t, und die geschätzte Gerstenernte soll nun 0,58 Mio. t kleiner ausfallen. Die späten Niederschläge in diesem Sommer haben sich negativ auf die EU-Sommergerste ausgewirkt, deren Erzeugung nun um 0,84 Mio. t auf 27,98 Mio. t zurückgehen soll.

Verringerungen werden hier in Dänemark, den Niederlanden, Skandinavien, Polen, den baltischen Staaten, Tschechien und Frankreich erwartet. Hingegen hat der Analyst die Aussichten für die EU-Wintergerstenernte um 0,26 Mio. t auf 26,52 Mio. t erhöht. Insgesamt soll die EU-Gerstenernte mit 54,5 Mio. t höher als im Vorjahr (53,2 Mio. t) ausfallen.

Nr. 34/2006 vom 26.09.2006

**Silomaisernte: Erträge liegen 20 % unter Vorjahr**

In einigen Regionen Deutschlands hat die Silomaisernte begonnen. Insgesamt wird der Bestand auf rund 1,34 Mio. ha gehäckselt, etwa 5 % mehr als 2005.

Die Flächenerträge liegen etwa 20 % unter den Vorjahreswerten. Nach ersten Untersuchungen beträgt der Trockenmassegehalt derzeit im Schnitt rund 30 % – damit liegen gute Bedingungen für die Silierung vor. Auf leichten Böden mit Beregnung werden keine so dramatischen Ertragseinbußen erwartet. Bei schwächeren Bodenverhältnissen werde sich die Menge aber spürbar reduzieren, heißt es.

Erwartet werden auf berechneten Böden zwischen 150 und 180 dt Trockenmasse/ha, auf Böden mit Trockenschäden nur etwa 110 dt Trockenmasse/ha. Für die Milcherzeuger bedeutet dies im laufenden Jahr bei der wirtschaftseigenen Futtermittellieferung ein Minus bei der Maissilage von etwa 15 %. Hinzu kommt der zunehmende Wettbewerb bei Mais mit Biogasanlagen.

Nr. 35/2006 vom 02.10.2006

### **EU-Verwaltungsausschuss beschließt Änderung der Kriterien zur Maisintervention**

Die EU-Kommission hat auf der Sitzung des EU-Verwaltungsausschusses am 28.09.2006 eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 824/2000 über das Verfahren und die Bedingungen für die Übernahme von Getreide durch die Interventionsstellen sowie die Analysemethoden für die Bestimmung der Qualität beschlossen.

Die Änderungen betreffen die Interventionskriterien von **Mais und Sorghum**. Für diese beiden Kulturen gelten ab dem 1. November 2006 folgende geänderte Kriterien:

- Höchster Feuchtigkeitsgehalt 13,5 %
- Bruchkorn 5 %
- durch Trocknung überhitzte Körner 0,50 %
- Mindesteigengewicht 71 kg/hl.

Zudem wurden die Zu- und Abschläge für den Feuchtigkeitsgehalt und das Eigengewicht angepasst.

Nr. 36/2006 vom 17.10.2006

### **Begrenztes Rapsangebot EU-weit**

Trotz der europaweit ausgedehnten Anbauflächen ist 2006 das EU-Angebot an Raps einschließlich der Lagerbestände aus der Ernte 2005 in etwa so groß wie im Vorjahr. Dies teilt die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) in einem aktuellen Bericht mit. Die Rapsernte dürfte dieses Jahr in der EU-25 rund 15,4 Mio. t ausmachen. Inklusive der Überhangbestände beträgt das EU-Angebot wieder rund 16,7 Mio. t Raps. Innerhalb der vergangenen drei Jahre stieg die Rapsverarbeitung in der EU-25 demnach um knapp 6 Mio. t auf geschätzte 16 Mio. t für 2006/07. Damit würde in diesem Wirtschaftsjahr zum ersten Mal seit 1994/95 die Verarbeitung die Erzeugung übersteigen. Daher werden für 2006/07 sinkende Bestände und umfangreichere Importe erwartet. Raps dürfte jedoch aus Drittstaaten nicht so problemlos zu beschaffen sein, denn dort gab es witterungsbedingt ebenfalls niedrigere Ernten (z.B. in Kanada und Australien).

Inzwischen zeigt sich eine etwas rückläufige Nachfrage nach Rapsöl für den Biodieselsektor, weil in Deutschland vermehrt zum billigeren Sojaöl gegriffen wird, so die ZMP. Im Wirtschaftsjahr 2005/06 waren es in Deutschland knapp 90.000 t und damit doppelt so viel wie 2004/05. Momentan werden der Treibstoffmarkt, aber auch die Rohstoffmärkte von den scharf fallenden Rohölpreisen unter Druck gesetzt.

Nr. 37/2006 vom 23.10.2006

## **Bundeskanzlerin eröffnet BGA Unternehmertag**

Am 18./19.10.2006 veranstaltete unser Dachverband, der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) in Berlin den jährlichen Unternehmenstag des Groß- und Außenhandels und lud anschließend zum ersten Großhandelskongress ein. Der BVA war bei dieser Veranstaltung durch den Präsidenten, Herrn Bruno Fehse und den Geschäftsführer, Herrn Robert Künzel vertreten. Im Vorfeld der Tagung fand auch die Mitgliederversammlung des BGA statt, bei der Anton F. Börner einstimmig zum Präsidenten wiedergewählt wurde.

Auf dem BGA-Unternehmertag mit über 600 Gästen aus dem In- und Ausland erläuterte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Eröffnungsrede den Kern ihrer Wirtschaftspolitik und dankte dem BGA für seine konstruktiv kritische Begleitung der Reformpolitik der Bundesregierung. Frau Merkel betonte, dass freier Handel für global wirkende Unternehmen notwendig sei und „*protektionistische Anwandlungen Deutschland dabei nicht gut tun*“. Sie wären die falsche Antwort auf die Globalisierung. Handelshemmnisse weiter abzubauen - dies habe sich die Bundesregierung auch für die EU-Präsidentschaft sowie den Vorsitz des G8-Gipfels vorgenommen.

Zum Thema „Bürokratieabbau“ versprach Frau Merkel, die Informations- und Statistikpflichten von Unternehmen nennenswert zu senken. Ziel sei es, bis zum Ende der Legislaturperiode die Bürokratiekosten für Unternehmen um 25 % zu senken. Die geplante Unternehmenssteuerreform soll die Unternehmen zukünftig mit bis zu 5 Milliarden Euro weiterhin entlasten. Bei dem Reformvorhaben werde jedoch der Vielfalt der Unternehmensformen Rechnung getragen - um einseitige Belastungen zu vermeiden, werden deshalb derzeit Vertreter verschiedener Interessengruppen angehört. Insbesondere würdigte die Bundeskanzlerin Familienunternehmen als wichtige Stütze der Wirtschaft. Um die Tradition von Familienunternehmen und den Übergang von einer Generation zur anderen in Deutschland zu erhalten, werde die Erbschaftsteuerregelung reformiert. Hierzu stellte Merkel die Frage voran: „*Warum behandelt man das Erbe, das im Betrieb erhalten wird, anders, als Kapital, das nicht im Betrieb gebunden ist?*“ Die Reform sehe daher vor, die Erbschaftsteuer zu erlassen, wenn das vererbte Vermögen auch mindestens 10 Jahre in der Personengesellschaft verbleibt. Deutschland tue gut daran, seine Personengesellschaften und Familienunternehmen zu unterstützen, so die Bundeskanzlerin.

Zum Thema Haushaltskonsolidierung führte Frau Merkel aus, dass es zur Mehrwertsteuererhöhung keine Alternative gebe. Der Bundeshaushalt müsse saniert und es müsse weiterhin gespart werden. Merkel verwies außerdem auf die fiskalische, aber auch moralische Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen im Zusammenhang mit allen Reformprojekten. Hierzu gehört, die Arbeitsmarktinstrumente so zu verbessern, dass die richtigen Anreize gegeben werden. Die Bundesregierung habe es sich daher zum Ziel gesetzt, die Lohnzusatzkosten dauerhaft unter 40 Prozent zu bringen. Der Beitragsatz für die Arbeitslosenversicherung soll um zwei Prozentpunkte gesenkt werden. Ein Prozentpunkt wird über die Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung erbracht. Die Bundesagentur für Arbeit steuert einen weiteren Prozentpunkt bei. Merkel ermahnte die Unternehmer, ihrer gesellschaftlichen Aufgabe gerecht zu werden: „*Früher galt: Geht es meinem Unternehmen gut, so geht es auch mir gut. Heute wissen viele Arbeitnehmer im Lande, dass, wenn es dem Unternehmen gut geht, ihr Arbeitsplatz damit noch nicht zwingend sicher ist.*“

In seinen Abschlussworten dankte Börner der Bundeskanzlerin für ihre klare Absage an jeglichen Protektionismus. Deutschland mit seiner hohen Wertschöpfung im Außenhandel sei existenziell angewiesen auf den offenen Zugang zu den Märkten in aller Welt. Insbesondere beim verstärkten Abbau der Bürokratie sagte er Frau Merkel die volle Unterstützung der Wirtschaft zu.

Nr. 38/2006 vom 30.10.2006

### **IGC senkt Prognose für Weizenernte**

Nach den Ernteaussfällen in Australien, der Europäischen Union und den USA werden in diesem Jahr voraussichtlich insgesamt etwa 1,557 Mrd. t Getreide geerntet werden. Der Internationale Getreiderat (IGC) hat somit seine Prognose um 15 Mio. t gesenkt. Die gesamten Ernteerträge würden damit um 42 Mio. t geringer ausfallen als noch 2005. Auch die Erwartungen für den Getreideverbrauch wurden auf 1,621 Mrd. t gesenkt. Die Schätzungen für den Handel mit Getreide wurden ebenfalls um 4 Mio. t auf 241 Mio. t reduziert.

Der IGC hat seine Schätzung für die weltweite Weizenernte 2006/07 um weitere 3 Mio. t auf 585 Mio. t nach unten korrigiert. Der prognostizierte Verbrauch liegt im Vergleich zum Vorjahr bei 606 Mio. t, rund 4 % höher. Die Prognosen für die Weizenernte wurden aufgrund der großen Ausfälle in Australien (Rückgang um 60 %) zurückgenommen. Das Land wird mit Ausfuhren in Höhe von 13,5 Mio. t laut IGC die geringste Exportquote seit 2002/03 haben. Der Verbrauch von Weizen als Futtermittel werde von 108 Mio. t im vergangenen Zeitraum 2005/06 auf 93 Mio. t sinken. Der weltweite Handel mit dieser Sorte Getreide soll bei 110 Mio. t liegen.

Auch die Schätzungen für die globale Maisernte hat der IGC im Vergleich zum Vormonat um 8 Mio. t auf 690 Mio. t reduziert. Dies sei vor allem auf die US-Ernte und die dortigen Erträge zurückzuführen. Insgesamt liege der weltweite Ernteertrag damit um 3 Mio. t niedriger als noch 2005. Der Verbrauch hingegen befinde sich weiterhin auf dem Rekordniveau von 722 Mio. t. Gründe dafür seien laut IGC die anhaltende Nachfrage, das knappe Futtermittelweizenangebot, der Anstieg in der Ethanolproduktion und anderer industrieller Maisverarbeitungen vor allem in den USA. Die Maisvorräte werden am Ende des Wirtschaftsjahres 2006/07 einen Wert von 94 Mio. t erreichen – den geringsten Wert seit 20 Jahren.

Die weltweite Gerstenernte werde im Wirtschaftsjahr 2006/07 den gleichen Ertrag von 140 Mio. t erreichen wie im Vergleichszeitraum. Die französische Braugerste sei von besonders guter Qualität, die aus anderen EU-Staaten hätte eine geringere Güte. Der weltweite Verbrauch wird mit 148 Mio. t beziffert. Der Handel mit Gerste belaufe sich auf 15,5 Mio. t - der niedrigste Wert seit neun Jahren.

---

Nr. 39/2006 vom 06.11.2006

### **Getreideverbrennung soll einem weiten Betreiberkreis offen stehen**

Bei der Umweltministerkonferenz in Berlin sprach sich am vergangenen Freitag eine Mehrheit der Bundesländer dagegen aus, den Betreiberkreis zum Einsatz von Getreide in Kleinf Feuerungsanlagen auf den Bereich der Landwirtschaft zu beschränken.

Forschungsvorhaben würden zeigen, dass die technische Entwicklung der Anlagen durchaus die Einhaltung anspruchsvoller Emissionsgrenzwerte zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen erlaube und daher der Einsatz der neuen Technik möglichst vielen offen stehen soll. Den Betreiberkreis für die thermische Verwertung von Energiegetreide in Kleinf Feuerungsanlagen nicht auf den Bereich der Landwirtschaft zu begrenzen, ist nach Ansicht der Landesumweltminister ein wichtiger Punkt. Eine prinzipielle Beschränkung auf die Landwirtschaft würde keinen Kesselhersteller dazu bewegen, in die Entwicklung zu investieren, betonte das Bundesland Hessen.

Bezüglich der Novellierung der ersten Bundesimmissionsschutzverordnung unterstrichen die Umweltminister die Notwendigkeit, den gesamten Bereich der festen Brennstoffe vollständig zu überarbeiten, da die aktuellen Regelungen erheblich vom derzeitigen Stand der Technik abwichen. Die Länderminister baten das Bundesumweltministerium erneut, die Novellierung möglichst rasch voranzutreiben. Gemeinsames Ziel von Bund und Ländern ist es, möglichst bis Mitte 2007, spätestens aber bis Ende nächsten Jahres die Überarbeitung der Bundesimmissionsschutzverordnung abgeschlossen zu haben.

Der BVA begrüßt ausdrücklich eine Öffnung des Betreiberkreises, damit auch das Agrar-gewerbe die Möglichkeit zur thermischen Verwertung von Getreidereststoffen erhält.

Nr. 40/2006 vom 15.11.2006

## **Versorgung von Braugerste auf dem Europäischen Markt verschlechtert sich**

Wie die Jochen Mautner GmbH, Düsseldorf, in ihrem aktuellen Marktbericht mitteilt, hat sich die Lage bei der Versorgung mit Braugerste in Deutschland und in der EU weiter verschlechtert. Auch wenn einige Länder wie Irland, Frankreich und die Slowakei von normalen bis guten Ergebnissen berichteten, und Auswuchs keine Rolle spiele, könne dies die Situation nicht wesentlich verbessern, so die Mautner GmbH.

In den meisten Ländern mindert neben Auswuchs auch kleines Korn und erhöhter Proteingehalt die Qualität. Qualitativ gute Partien werden häufig mit schwächeren vermischt, um der großen Versorgungslücke zu begegnen. Auch Wintergerste wird verstärkt zum Einsatz kommen. Die Ursache für diese bisher schlechteste Braugerstenernte in der Europäischen Union sei laut Mautner vor allem in den starken Regenfällen im August zu suchen. Trotz verspäteter Aussaat und der Hitze und Trockenheit wurde noch Ende Juli mit durchschnittlichen Ernteergebnissen gerechnet. Bereits reife Gerste konnte dann aber wegen der nicht enden wollenden Niederschläge nicht eingebracht werden und litt mehr und mehr unter Auswuchs.

Die Aussaatfläche in der Europäischen Union ist nach Schätzung von Coceral und Erhebungen von Mautner um etwa 3 % zurückgegangen. Wegen meist reduzierter Erträge ist die Erntemenge um etwa 12 % kleiner geworden. Spanien wurde bei dieser Bewertung wegen der katastrophalen Ernte im Vorjahr nicht berücksichtigt. Es würde das insgesamt negative Gesamtbild verzerren. Bei einem Defizit von ca. 1 Mio. t Braugerste in der EU ist die Versorgungslage äußerst schwierig. Hilfe von außen sei nicht zu erwarten, da Australien wegen einer Missernte ausfalle und Kanada für Exporte nach Europa zu wenig Menge habe. Die Braugersten- und Malzpreise würden lt. Mautner nach dem absolut niedrigsten Niveau des Vorjahres täglich neue Rekordhöhen erreichen. Ein Ende dieser Preisentwicklung sei vorerst nicht in Sicht.

Nr. 41/2006 vom 20.11.2006

### **UFOP ruft zum Antrag auf Energiepflanzenprämie auf**

Die Studie der Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen (UFOP) zum Winterrapsanbau kommt zu dem Ergebnis, dass die Anbaufläche als Energiepflanze zur Ernte 2007 mit voraussichtlich 172.000 ha unverändert bleiben wird. Damit verzichten viele Landwirte besonders in den alten Bundesländern auf die Energiepflanzenprämie.

Die UFOP ruft daher die Landwirte und ihre Marktpartner zum Abschluss von Verträgen über die Energiepflanzenprämie auf. Einschließlich Anbau auf Stilllegungsflächen wurden zur Ernte 2006 nach Angaben der BLE 488.000 ha Raps über Verträge vermarktet. Insgesamt wurden jedoch zur Bedarfsdeckung für Biodiesel und Pflanzenölkraftstoff 1,1 Mio. ha benötigt. Es besteht daher noch ein erhebliches Potenzial, das für die Energiepflanzenprämie in Betracht kommt und derzeit etwa zur Hälfte über Verträge mit Landwirten aus der EU genutzt wird.

Mit der Möglichkeit des Vertragsabschlusses mit den direkten Marktpartnern ist das Verfahren bereits erheblich vereinfacht worden. Weitere Erleichterungen sind in der Diskussion. Verträge über Wintersaaten müssen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung bis zum 28.02.2007 vorliegen und können anschließend noch angepasst werden. Die Prämie beträgt 45 EUR je ha bis zu einer Garantiefäche von 2 Mio. ha in der EU. Eine preisliche Festlegung ist nicht erforderlich. Es kann daher eine Regelung getroffen werden, die auch dem Landwirt eine Teilnahme an einem eventuellen Anstieg der Preise für Biokraftstoffe erlaubt.

---

Nr. 42/2006 vom 27.11.2006

### **Europäische Maisernte 2006/07**

Die gesamte Maisernte in der EU-25 wird im laufenden Wirtschaftsjahr 2006/07 voraussichtlich bei 43 Mio. t liegen, teilt die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) in Bonn mit. Damit liegt der Ertrag 10 % unter dem Vorjahreswert. Gründe für den europaweiten Rückgang seien Einschränkungen in den Anbauflächen um ca. 200.000 ha sowie Ertrags- einbußen von rund 6 %. Deutschland hat hierbei einen Rückgang um ein Fünftel auf rund 3,26 Mio. t zu verzeichnen. Dabei stehe allerdings noch nicht fest, wie viel Körnermais als Silomais bzw. als Rohstoff für die Energieerzeugung Verwendung finde. Der Bedarf am Energieträger Mais nehme stetig zu. Diese Entwicklung spiegele sich in der Ausdehnung des Maisanbaus auf Stilllegungsflächen und speziell als Energiepflanze wider.

Den europäischen Maismarkt prägen weiterhin ein unterdurchschnittliches Angebot in Westeuropa und hohe Überhänge in den östlichen Mitgliedsländern der Gemeinschaft. Geringere Ernten werden für Spanien und Frankreich prognostiziert – somit wird sich das Maisangebot in der EU-15 voraussichtlich um rund 3,5 Mio. t verringern. Auch die Ernte in Ungarn wird wohl 2006 mit rund 8 Mio. t um 1 Mio. t unter dem Vorjahresergebnis bleiben. Allerdings wäre dies, so die ZMP noch immer gleichbedeutend mit einem Angebotsüberhang von etwa 3 Mio. t. Aufgrund der seit dem 01.11.2006 geltenden verschärften Kriterien für die Mais- intervention ist noch nicht abzusehen, wie viel der ungarischen Ernte im Wirtschaftsjahr 2006/07 in die Intervention fließen wird. Derzeit befinden sich EU-weit noch rund 4,9 Mio. t Mais in der öffentlichen Lagerhaltung, davon allein 4,7 Mio. t in Ungarn. Der Angebots- überhang in den östlichen EU-Ländern erzeugt jedoch nur wenig Druck auf die Maiskurse in Westeuropa. Denn stabil hohe Frachtkosten und die aufwendige Logistik erschweren Transporte.

Nr. 43/2006 vom 07.12.2006

### **Pflanzenschutz- und Düngemittel-Handelstag am 8./9.11.2006**

Am 8./9. November 2006 fand der zweite Pflanzenschutz- und Düngemittel-Handelstag in Warberg statt. Der Handelstag wurde vom Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V. (BVA), dem Bundesverband des Großhandels mit Dünge- und Pflanzenbehandlungsmitteln (BGDP) und der Bundeslehranstalt Burg Warberg veranstaltet und fand regen Zuspruch.

In seinem Vortrag zu den Perspektiven des Pflanzenschutzmittelmarktes in einem globalisierten Umfeld und den Konsequenzen auf dem deutschen Markt kam Frank Hatke, Vertriebsleiter der Bayer CropScience Deutschland GmbH zu der Einschätzung, dass die Forschung im Pflanzenschutzsektor in absehbarer Zeit weltweit nur noch von wenigen Konzernen betrieben wird. Diese Einschätzung führte Hatke auf den zunehmenden Kostendruck in der Pflanzenschutzmittel-Branche zurück. Waren Ende der 80er Jahre noch 24 bedeutende Unternehmen in der globalen Pflanzenschutzindustrie präsent, waren es 2005 nur noch 11. Und dieser Trend wird sich fortsetzen, so Hatke. Zumal es sich um einen Markt handele, der künftig maximal auf stabilem Niveau eingeschätzt wird. Weltweit müsse sogar damit gerechnet werden, dass das Marktvolumen beim klassischen Pflanzenschutz u.a. auf Grund zunehmender Generika-Produkte sowie der Entwicklung von gentechnisch verändertem Saatgut und einer rückläufigen Innovationsrate sinkt, so Hatke weiter. Als positive Entwicklung hob er den Wettbewerb um konstante Flächen zwischen Nahrung und nachwachsenden Rohstoffen hervor. Diese Entwicklung wird die Ertragsbasis in der Landwirtschaft verbessern, aber auch primär dazu führen, dass sich noch stärker als bisher wirtschaftliche Fruchtfolgen durchsetzen werden. Das wird neue Herausforderungen v.a. an den Pflanzenschutz der Zukunft stellen, sagte Hatke.

Zusammenfassend führte er zu diesem Themenkomplex aus, dass der konventionelle Pflanzenschutz zwar an Bedeutung zu Gunsten von GVO-Anbau verliert aber mit den veränderten Rahmenbedingungen weiterhin von hoher Bedeutung sein wird. Allein im Rahmen des Resistenzmanagements wird der Bedarf an Innovationen groß sein. Der Konzentrationsprozess in Folge der Agrarreform wird in absehbarer Zeit alle Vorleistungsbereiche der Landwirtschaft beeinflussen. Damit werden an das Management der dienstleistenden Unternehmen große Herausforderungen gestellt, die es zu meistern gilt. Nach Meinung von Hatke werden in der zukünftigen Marktbearbeitung Qualität und Leistung einen höheren Stellenwert erhalten.

Das neue Pflanzenschutzgesetz wurde von Hatke ausdrücklich begrüßt. Mit diesem neuen Gesetz werde zum ersten Mal der Umgang mit Parallelimporten geregelt. Hatke führte weiter aus, dass die Industrie sich in diesem Zusammenhang zum freien Warenverkehr in der EU bekennt. Dies bedarf aber fairen Regeln, sagte Hatke. Mit dem Inkrafttreten des neuen Pflanzenschutzgesetzes und der Umsetzung ab Januar 2007 dürfen auf dem deutschen Markt nur noch parallel importierte Produkte gehandelt werden, die eine Verkehrsfähigkeitsbescheinigung durch das BVL erhalten haben. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) prüft auf Antrag des Importeurs die Verkehrsfähigkeit eines parallelimportierten Pflanzenschutzmittels vor der Markteinführung. Danach muss beispielsweise der gleiche Wirkstoff in vergleichbarer Menge vorhanden sein wie in dem in Deutschland zugelassenen Pflanzenschutzmittel. Auch die Zusammensetzung und Beschaffenheit mit dem Referenzmittel sollte übereinstimmen und das Importmittel muss in einem anderen

---

EU-Mitgliedstaat oder einem Staat des europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) zugelassen sein. Abschließend stellte Hatke fest, dass die Landwirtschaft und speziell der Pflanzenschutzmarkt vor neuen Herausforderungen steht, aber gleichzeitig auch viele Chancen bestehen. Nur wer sich den Herausforderungen stellt, wird auch künftig optimistisch in die Zukunft blicken können.

Dr. Gert Bartels von der Biologischen Bundesanstalt für Landwirtschaft und Forsten in Braunschweig stellte in umfangreichen Untersuchungen fest, dass es in Deutschland kaum noch Gebiete gibt, in denen der klassische Insektizidwirkstoff Pyrethroid beim Rapsglanzkäfer seine volle Wirkung zeige. Er forderte die Landwirtschaft dazu auf, Insektizide künftig mit Bedacht einzusetzen. „Es müssen sinnvolle Spritzfolgen im Raps diskutiert werden, zu welchem Zeitpunkt und an welchen Orten Pyrethroide eingesetzt werden sollten, um die Resistenzentwicklung zu reduzieren.“ Im nächsten Jahr werde es reguläre Zulassungen anderer Mittel geben. Diese seien bei starkem Befall jedoch nicht voll wirksam und erfordern mindestens eine zweimalige Anwendung. Doch auch hier bestünde mittelfristig die Gefahr der Resistenzbildung. Mehr denn je ist in diesem Fall die gute fachliche Praxis der Landwirtschaft gefragt.

Nr. 44/2006 vom 11.12.2006

### **Anbau von Körnermais in Deutschland weiter eingeschränkt**

Trotz eines deutlichen Anstiegs der Verwertung von Körnermais ist dessen Anbau in Deutschland während der vergangenen Jahre spürbar eingeschränkt worden. Nach einem Bericht des Deutschen Maiskomitees (DMK) gingen die Körnermaisflächen im Bundesgebiet nach Erreichen des Höchststandes von 463.000 ha im Jahr 2003 bis zur Ernte 2006 wieder auf 406.500 ha zurück.

Die technologische Verwertung von Körnermais erhöhte sich von 404.000 t im Wirtschaftsjahr 1993/94 auf 599.000 t in der Saison 2004/05 – ein Anstieg um fast 50 %. Noch dynamischer entwickelte sich die Nutzung von Körnermais als Nahrungsmittel. Hier wuchs der Einsatz von Körnermais von 667.000 t im Wirtschaftsjahr 1993/94 um 75 % auf 1,171 Mio. t in der Kampagne 2004/05. Damit übertrifft Deutschland beim Brutto-Nahrungsverbrauch sogar die beiden größten Körnermaiserzeuger in der früheren EU-15, nämlich Frankreich (97.000 t) und Italien (359.000 t). Als Futtermittel wurden in Deutschland 2004/05 insgesamt 3,32 Mio. t Körnermais eingesetzt. Der Selbstversorgungsgrad Deutschlands beim Körnermais betrug im genannten Wirtschaftsjahr etwa 80 %.

Nr. 45/2006 vom 18.12.2006

## **Privater Landhandel stellt sich den steigenden Anforderungen in der Getreidevermarktung**

Die diesjährige Getreideernte hat erneut deutlich gemacht, dass Marktentwicklungen nur bedingt einschätzbar sind und der Markt sich völlig anders entwickeln kann als ursprünglich erwartet. Nach Aussage von KONRAD WEITERER, Vorsitzender des Getreideausschusses der BVA-Landesgruppe Niedersachsen, beim Dämmerschoppen der agw (Arbeitsgemeinschaft des privaten Agrargewerbes Niedersachsen-Bremen) diese Woche in Hannover, haben sich weltweit schlechte Ernten in den Hauptanbauländern für Getreide und der damit verbundene Bestandsabbau bis auf den niedersächsischen Markt niedergeschlagen.

Die extremen Marktentwicklungen mit Preissteigerungen von über 40 %, die wir in der zweiten Jahreshälfte 2006 gesehen haben, stellen für die Getreidebranche ein großes Risiko dar, so KONRAD WEITERER. Es werden von den gestiegenen Getreidepreisen nicht alle Getreidehändler profitieren, da bis teilweise Dezember schon Mengen im Rahmen von Terminkontrakten verkauft waren, wenngleich weniger als in den Vorjahren. So mussten auch die Mischfutterproduzenten, besonders in der veredelungsstarken Weser-Ems Region, aber auch die Mühlenwirtschaft erhebliche Preissteigerungen im Rohwarenbereich hinnehmen. Trotz der zum Teil bestehenden regionalen Versorgungsengpässe in Niedersachsen für Getreide (Getreideernte 6,37 Mio. t, entspricht – 4,7 % zum VJ), die außerdem von einem überregionalen Nachfragesog verstärkt wurden, konnte der Landhandel die Versorgung der niedersächsischen Verarbeiter mit marktgerechter Ware sicherstellen.

Für die weitere Entwicklung an den nationalen und internationalen Getreide- und Ölsaatenmärkten wird entscheidend sein, wie sich neben den traditionellen Märkten für Lebensmittel und Futtermittel der neue Absatzkanal Bioenergie entwickeln wird. Bedingt durch die vorgesehenen jährlich steigenden nationalen und europäischen Beimischungsquoten für Diesel und Benzin können neue Absatzchancen für landwirtschaftliche Rohstoffe entstehen. KONRAD WEITERER gab jedoch zu Bedenken, dass die Märkte volatil werden und die Abhängigkeit der Märkte von der Politik wieder eher zu- als abnehmen wird. Dies ist angesichts der jüngsten Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Biokraftstoffquotengesetz bzw. dem Energiesteuergesetz ein zwiespältiger Ausblick. Daher ist vor zu großer Euphorie im Biokraftstoffbereich zu warnen. Die aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnenen Energien stellen sicher eine echte Alternative dar. Sie müssen aber langfristig ihre Wirtschaftlichkeit auch ohne staatliche Hilfen unter Beweis stellen. Die Unternehmen sind daher gut beraten, wenn sie die Wirtschaftlichkeitsberechnungen auch unter erhöhten Beschaffungspreisen kalkulieren.

Gleichwohl wird der private Landhandel sich auf die neuen Märkte und deren Entwicklungen einstellen und die damit verbundenen Chancen nutzen, ohne die klassischen Vermarktungswege an die Verarbeiter von Lebensmitteln und Futtermitteln zu vernachlässigen. Damit erfüllt der private Landhandel seine wichtige Rolle als flexibler und zuverlässiger Marktpartner.

Nr. 46/2006 vom 28.12.2006

### **Abschaffung der Maisintervention zum Wirtschaftsjahr 2007/08**

Wie im BVA-Informationdienst Nr. 49 bereits angekündigt, hat die Europäische Kommission nun ihren Vorschlag zur Abschaffung der Maisintervention vorgelegt.

Öffentliche Interventionsankäufe von Mais sollen ab dem Wirtschaftsjahr 2007/08 abgeschafft werden. Maßgeblich für die geplante Abschaffung der Maisintervention sei der stets wachsende Umfang der Interventionsbestände an Mais. Am Ende des Wirtschaftsjahres 2005/06 haben die Interventionsbestände von Mais in der EU eine Höhe von 5,6 Mio. t erreicht, das sind 40 % der gesamten Interventionsbestände. Ohne Änderung der derzeitigen Regelung würden sich diese Bestände, die aus öffentlichen Mitteln angekauft und gelagert werden, nach Schätzungen der EU bis zum Jahr 2013 auf 15,6 Mio. t belaufen. Aufgrund der schlechten Lagerfähigkeit von Mais seien die Absatzmöglichkeiten für die wachsenden Maisbestände sehr begrenzt. Der Anbau von Mais erfolge in einigen Regionen der EU nicht mehr für den eigenen Verbrauch oder Export auf dem Weltmarkt, sondern ausschließlich für die Intervention. Dies würde die Systematik des Interventionssystems ad absurdum führen, so die Kommission.

Bei einer Abschaffung der Intervention für Mais könnte sich der Getreidemarkt in der EU neu einpendeln und die Intervention wieder ihre ursprüngliche Rolle als Sicherheitsnetz einnehmen. Auch die Produzenten würden sich in ihren Anbauentscheidungen dann an den Signalen des Marktes orientieren, anstatt Mais lediglich für den öffentlichen Ankauf und die Lagerhaltung anzubauen. Die Kommission erwartet bei der Abschaffung der Maisintervention ähnlich positive Erfolge wie beim Ausschluss von Roggen aus der Intervention im Jahr 2003. Der Ausschluss von Roggen hat zu einem wesentlich dynamischeren Markt und zu besseren Preisen für die Erzeuger geführt. Der vorgelegte Vorschlag der Kommission wird nun im Ministerrat und dem Europäischen Parlament diskutiert.